

# Prognose der österreichischen Wirtschaft 2019–2020

Konjunktur bleibt weltweit schwach

Sperrfrist: Freitag, 4. Oktober 2019, 10:30 Uhr



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN  
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES  
Vienna



# Prognose der österreichischen Wirtschaft 2019–2020

## Konjunktur bleibt weltweit schwach

Benjamin Bittschi

Ines Fortin

Daniela Grozea-Helmenstein

Jaroslava Hlouskova

Helmut Hofer

Sebastian P. Koch

Martin G. Kocher

Robert M. Kunst

Michael Reiter

Richard Sellner

Klaus Weyerstraß



**AutorInnen**

Benjamin Bittschi, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova, Helmut Hofer, Sebastian P. Koch, Martin G. Kocher, Robert M. Kunst, Michael Reiter, Richard Sellner, Klaus Weyerstraß

**Titel**

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2019–2020  
Konjunktur bleibt weltweit schwach  
Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 109

**Kontakt**

Martin G. Kocher

T +43 1 59991-125

E [direktion@ihs.ac.at](mailto:direktion@ihs.ac.at)

Helmut Hofer

T +43 1 59991-251

E [hofer@ihs.ac.at](mailto:hofer@ihs.ac.at)

Klaus Weyerstraß

T +43 1 59991-233

E [klaus.weyerstrass@ihs.ac.at](mailto:klaus.weyerstrass@ihs.ac.at)

Paul Glück (Public Relations)

T +43 660 150 5001

E [glueck@paulglueck.com](mailto:glueck@paulglueck.com)

**2019 Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)**

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien

T +43 1 59991-0

F +43 1 59991-555

[www.ihs.ac.at](http://www.ihs.ac.at)

ZVR: 066207973

*Alle Inhalte sind ohne Gewähr. Jegliche Haftung der Mitwirkenden oder des IHS aus dem Inhalt dieses Werkes ist ausgeschlossen.*

# Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung und Zusammenfassung .....	7
2	Die internationale Konjunktur .....	15
2.1	Überblick.....	15
2.2	Länderprognosen.....	18
3	Die österreichische Außenwirtschaft.....	30
4	Perspektiven der Inlandskonjunktur.....	31
5	Monetäre Prognose .....	42
6	Tabellenanhang.....	45



## Konjunktur bleibt weltweit schwach

Die Weltwirtschaft expandiert nur verhalten, insbesondere die Industrie befindet sich im Abschwung. Aufgrund dieser ungünstigen internationalen Rahmenbedingungen hat sich auch die heimische Konjunktur merklich abgekühlt. Nach 2,4 % im Vorjahr dürfte die österreichische Volkswirtschaft in diesem Jahr nur noch um 1,5 % und im kommenden Jahr um 1,3 % zulegen. Die Inflation wird laut Prognose sowohl im laufenden als auch im kommenden Jahr 1,5 % betragen. Die Arbeitslosenquote dürfte in diesem Jahr noch etwas zurückgehen, aber im kommenden Jahr auf 7,5 % steigen. Die wirtschaftspolitischen Unsicherheiten (weitere Eskalation des Handelsstreits, ein ungeregelter Brexit) sowie ein Übergreifen der Industrieschwäche auf den Dienstleistungssektor stellen Abwärtsrisiken für die heimische Wirtschaft dar.

### 1 Einleitung und Zusammenfassung

Die Weltwirtschaft expandiert weiterhin nur sehr verhalten. Im zweiten Quartal des laufenden Jahres hat sich das Expansionstempo in den entwickelten Volkswirtschaften wieder verlangsamt. Die Stimmungsindikatoren weisen weiterhin tendenziell nach unten und die globalen wirtschaftspolitischen Unsicherheiten (handelspolitische Konflikte, Ausgestaltung des Brexit) bleiben hoch. Das Niveau des Welthandels sinkt bereits seit Herbst 2018. In Deutschland dürfte die saisonbereinigte Wirtschaftsleistung im zweiten und dritten Quartal leicht gesunken sein (technische Rezession). Im Einklang mit dem ungünstigen internationalen Umfeld hat auch die österreichische Wirtschaft an Schwung verloren. Mit 0,5 % bzw. 0,3 % (Trend-Konjunktur-Komponente) gegenüber dem Vorquartal hat sich das Wachstumstempo in den ersten beiden Quartalen des laufenden Jahres merklich abgeschwächt, es ist aber im Vergleich mit anderen Ländern robust geblieben. Im weiteren Jahresverlauf dürfte sich das Wachstum nur noch geringfügig verlangsamen, sodass für das Gesamtjahr 2019 weiterhin ein Wachstum von 1,5 % erwartet wird. Im Laufe des kommenden Jahres sollte sich die Konjunkturdynamik wieder etwas beschleunigen. Aufgrund des schwächeren BIP-Niveaus zu Jahresbeginn (geringerer statistischer Überhang) nimmt das Institut seine Wachstumsprognose für das Jahr 2020 auf 1,3 % zurück.

In der ersten Jahreshälfte blieb die globale Wachstumsdynamik sehr verhalten. In den Industrieländern verlangsamte sich das Expansionstempo im zweiten Quartal. So betrug das Wachstum gegenüber dem Vorquartal in den USA 0,5 %, nach 0,8 % zu Jahresbeginn. Im Euroraum reduzierte sich das Wachstumstempo von 0,4 % auf 0,2 %. Geschrumpft ist die Wirtschaft in Deutschland und im Vereinigten Königreich. In den Schwellenländern hat sich das Expansionstempo zwar leicht erhöht, blieb aber ver-

halten. Die schwache Industrieproduktion und die Handelskonflikte drücken auf die Entwicklung des Welthandels. Dieser ist seit Herbst 2018 rückläufig. Die Stimmungsindikatoren weisen weiterhin eher nach unten, es finden sich aber auch Hinweise auf eine tendenzielle Stabilisierung auf niedrigem Niveau in der Industrie. Die jetzt schon etwas expansiver ausgerichtete Fiskal- und insbesondere Geldpolitik könnte dazu beitragen, dass die Weltwirtschaft nicht weiter an Schwung verliert. Mit einem allmählichen Nachlassen der Unsicherheit könnte im Laufe des nächsten Jahres das globale Expansionstempo wieder etwas zunehmen, ein markanter Aufschwung ist aber gegenwärtig nicht in Sicht. Das Institut erwartet somit ein gegenüber der Juni-Prognose etwas ungünstigeres internationales Konjunkturbild im Jahr 2020, insbesondere für den Euroraum. Die US-Wirtschaft dürfte in den Jahren 2019 und 2020 um 2,3 % bzw. 1,7 % zulegen. Für den Euroraum werden Zuwachsraten von 1,1 % bzw. 1,2 % erwartet. In den Schwellenländern dürfte das Expansionstempo im Vergleich zu den letzten Jahren verhalten bleiben. So sollte das Wirtschaftswachstum in China 6,2 % bzw. 5,9 % betragen. Die Weltwirtschaft dürfte um 3,0 % bzw. 3,1 % expandieren.

In Österreich bleibt der private Konsum eine wichtige Konjunkturstütze. Die positive Beschäftigungsdynamik, die kräftigen Lohnerhöhungen und der Familienbonus, der wohl auch noch im kommenden Jahr expansiv wirkt, führen zu kräftigen Realeinkommenszuwächsen im laufenden Jahr. Somit sollte der private Konsum um 1,5 % zulegen. Im kommenden Jahr dürften die Realeinkommen merklich schwächer zulegen, sodass ein Konsumwachstum von 1,3 % erwartet wird. Dabei sollte, nach einem Anstieg im laufenden Jahr, die leicht fallende Sparquote die Konsumententwicklung stützen.

Aufgrund der schwachen globalen Wirtschaftsdynamik dürfte der ungewöhnlich lange Investitionszyklus auslaufen. Darauf deuten auch die Daten für das zweite Quartal hin, insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen haben an Schwung verloren. Die hohe Kapazitätsauslastung und die weiterhin günstigen Finanzierungskonditionen sprechen aber gegen einen Einbruch der Investitionstätigkeit. Das Institut erwartet eine Verlangsamung des Wachstums der Anlageinvestitionen auf 2,5 % bzw. 1,1 %, nach 3,9 % im Vorjahr. Dabei sollten die Ausrüstungs- und die Bauinvestitionen annähernd im selben Tempo expandieren.

Die Schwäche der globalen Industrieproduktion lastet auf der Investitionsgüternachfrage und damit auf dem Welthandel. Dieser wird auch durch den Handelsstreit belastet. Das Institut erwartet, dass es zu keiner weiteren Eskalation der Handelskonflikte kommt. Folglich sollte der Welthandel, nach einem Rückgang um 0,5 % in diesem Jahr, wieder etwas an Fahrt gewinnen und im Jahr 2020 um 1,3 % zulegen. Die schwache Entwicklung der Exportmärkte drückt auf den heimischen Außenhandel. Nach einem kräftigen Wachstum zu Jahresbeginn hat sich die Dynamik

der Warenexporte spürbar verlangsamt, sodass für die Jahre 2019 und 2020 eine Zunahme von jeweils 1,8 % erwartet wird. Für die Gesamtexporte laut VGR ergeben sich Wachstumsraten von 2,2 % bzw. 1,7 %. Mit 2,2 % bzw. 1,5 % dürfte die Importnachfrage in ähnlichem Tempo zulegen. Nach dem kräftigen positiven Wachstumsbeitrag der Außenwirtschaft im Vorjahr sollte diese im Prognosezeitraum damit annähernd neutral auf das Wachstum wirken.

Im August lag die Inflationsrate bei 1,5 %. Ausgehend von 1 ¾ % zu Jahresbeginn verlangsamte sich somit der Preisauftrieb im Jahresverlauf. Vor dem Hintergrund der schwächeren Konjunktur und des Auslaufens des Basiseffekts der Energiepreiserhöhungen des Vorjahres ist auch für die kommenden Monate kein starker Inflationsdruck zu erwarten, sodass für den Durchschnitt des laufenden Jahres eine Inflationsrate von 1,5 % prognostiziert wird. Da im kommenden Jahr von den Lohnstückkosten und den internationalen Rohstoffmärkten kaum preistreibende Impulse ausgehen dürften, nimmt das Institut seine Inflationsprognose für das Jahr 2020 auf 1,5 % zurück.

Die Arbeitsmarktlage reagiert mit Verzögerung auf die Eintrübung der Konjunktur. Im laufenden Jahr steigt die Beschäftigung noch kräftig und die Arbeitslosenquote laut nationaler Definition fällt auf 7,4 %. Im kommenden Jahr dürfte die Beschäftigungsdynamik merklich nachlassen. Allerdings sollte sich auch der Anstieg des Arbeitskräfteangebots verlangsamen, sodass die Arbeitslosenquote nur leicht auf 7,5 % ansteigen sollte.

Die Konjunktursituation und die niedrigen Zinsen dominieren die Lage der öffentlichen Haushalte. Die Budgetprognose ergibt gegenwärtig für die Jahre 2019 und 2020 jeweils einen Budgetüberschuss von 0,3 % des Bruttoinlandsprodukts. Damit sollten die europäischen Fiskalregeln vollumfänglich erfüllt werden. Weiterhin sieht das Institut die Notwendigkeit von Reformmaßnahmen zur Dämpfung der Ausgabendynamik. Damit könnte der Spielraum für öffentliche Zukunftsinvestitionen ausgeweitet werden. Weiters würde ein größerer Puffer im Budget bei einer Eintrübung der Konjunktur den finanziellen Spielraum für die automatischen Stabilisatoren erhöhen. Priorität sollte einer Steuerreform zukommen, die auf eine Verringerung der im internationalen Vergleich hohen Abgabenbelastung abzielt. Dafür sinkt allerdings aufgrund der im Nationalrat vor der Wahl beschlossenen Ad-hoc-Ausgaben der budgetäre Spielraum, sodass es für eine substanzielle Steuerentlastung einer größeren Anstrengung bedürfte. Eine umfassende Abgabenreform böte zudem Möglichkeiten für eine Optimierung der Steuerstruktur auch unter Beachtung klimapolitischer Ziele. Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandskraft der heimischen Wirtschaft könnten durch tiefgreifende Strukturreformen, etwa in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Pensionen und Föderalismus, gefördert werden. Ein Koalitionsvertrag zur Bildung einer Regierung

in Österreich soll Reformen in diesen Bereichen ansprechen und wirtschafts- bzw. gesellschaftspolitische Antworten auf die großen Zukunftsthemen Digitalisierung, Bildung, Forschung, Klimaschutz und demografischer Wandel geben.

Weiterhin belasten die großen globalen wirtschaftspolitischen Unsicherheiten die Weltwirtschaft. Eine weitere Eskalation und regionale Ausweitung der Handelskonflikte würde die Weltkonjunktur bremsen. So dürften Strafzölle der USA auf europäische Autos und Kfz-Zulieferteile die Wirtschaft im Euroraum merklich belasten. Weiterhin besteht das Risiko eines ungeordneten Brexit. Ein stärkeres Übergreifen der Schwäche der Industriekonjunktur auf den Dienstleistungssektor würde das globale Wachstum merklich dämpfen. Eine Eskalation des Streits zwischen den USA und dem Iran könnte zu einem starken Anstieg der Ölpreise führen. Dies hat der zwischenzeitlich kräftige Ausschlag des Ölpreises nach dem Anschlag auf Ölförderanlagen in Saudi-Arabien Mitte September deutlich vor Augen geführt. Hingegen würde eine Verbesserung der globalen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (etwa Lösung der Handelskonflikte, geregelter Brexit) die Unsicherheit reduzieren und die Konjunktur positiv beeinflussen. In Hinblick auf die heimische Konjunktur besteht ebenfalls die Gefahr, dass die Schwäche der Industrie auf den Dienstleistungssektor ausstrahlt. Eine stärkere Abschwächung der Investitionstätigkeit sowie eine Verschlechterung des Konsumklimas würden die Binnennachfrage schwächen und damit das Wachstum reduzieren.

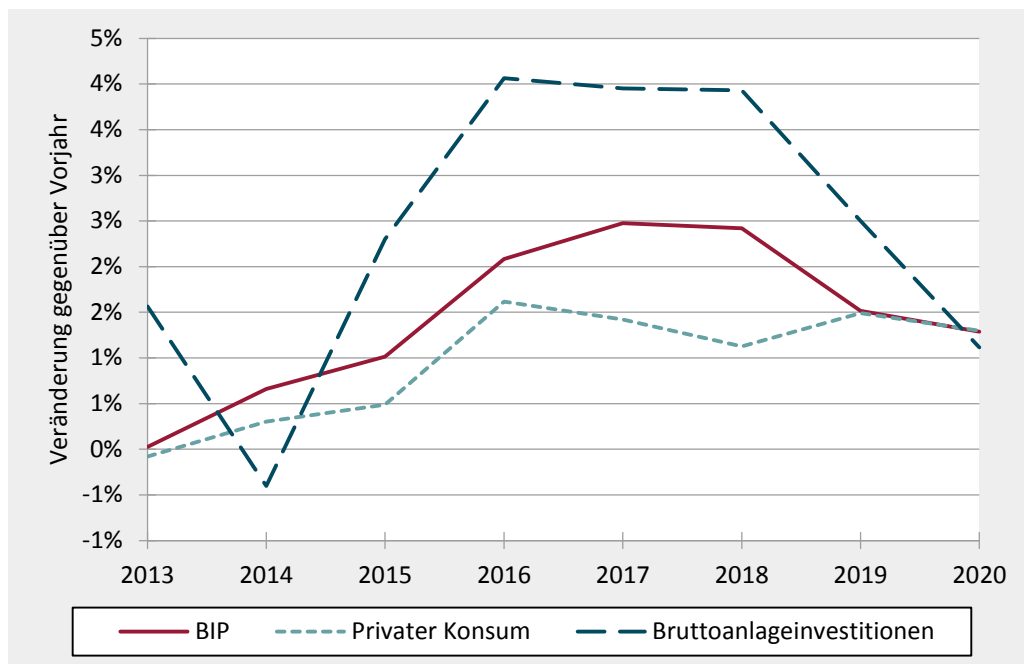
**Tabelle 1: Wichtige Prognoseergebnisse**  
*Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent*

	2018	2019	2020
Bruttoinlandsprodukt, real	2,4	1,5	1,3
Privater Konsum, real	1,1	1,5	1,3
Bruttoinvestitionen, real	3,6	2,4	1,2
Bruttoanlageninvestitionen, real	3,9	2,5	1,1
Ausrüstungsinvestitionen, real	4,1	2,5	1,0
Bauinvestitionen, real	3,7	2,5	1,3
Inlandsnachfrage, real	1,6	1,5	1,2
Exporte i. w. S., real	5,9	2,2	1,7
Waren, real (laut VGR)	6,4	1,8	1,8
Reiseverkehr, real (laut VGR)	4,2	1,0	0,8
Importe i. w. S., real	4,6	2,2	1,5
Waren, real (laut VGR)	4,0	1,5	1,5
Reiseverkehr, real (laut VGR)	9,9	2,8	0,8
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	2,5	1,6	0,8
Arbeitslosenquote: Nationale Definition <sup>1</sup>	7,7	7,4	7,5
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition <sup>1</sup>	4,9	4,6	4,8
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2,6	2,6	2,1
Preisindex des BIP	1,7	1,9	1,6
Verbraucherpreisindex	2,0	1,5	1,5
Budgetsaldo Maastricht in % des BIP <sup>1</sup>	0,2	0,3	0,3
3-Monats-Euribor <sup>1</sup>	−0,3	−0,4	−0,4
10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen <sup>1</sup>	0,7	0,0	0,0

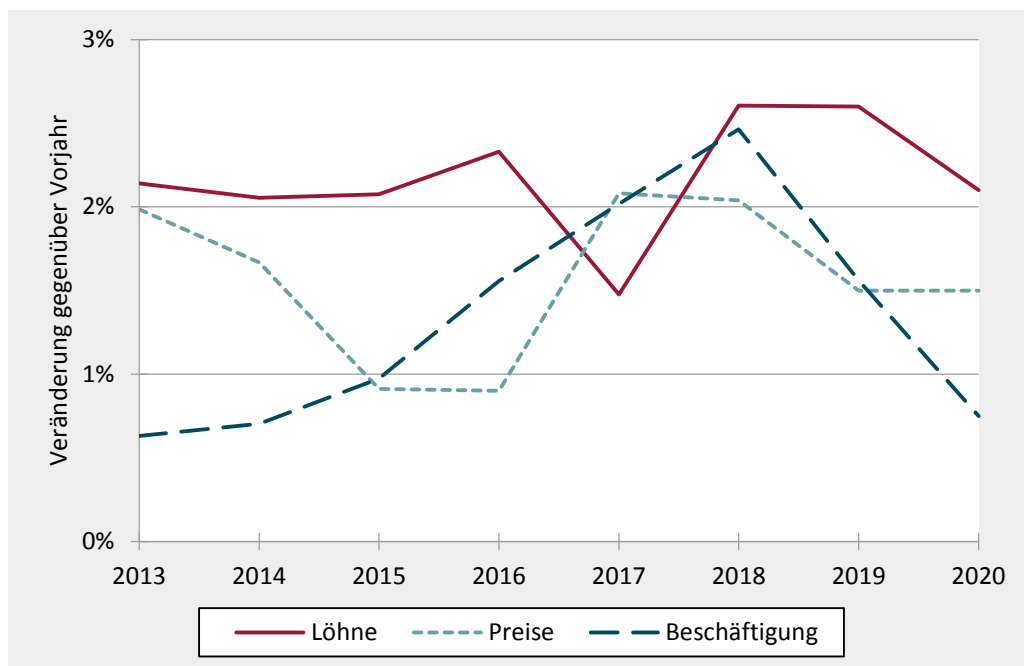
<sup>1</sup> absolute Werte

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

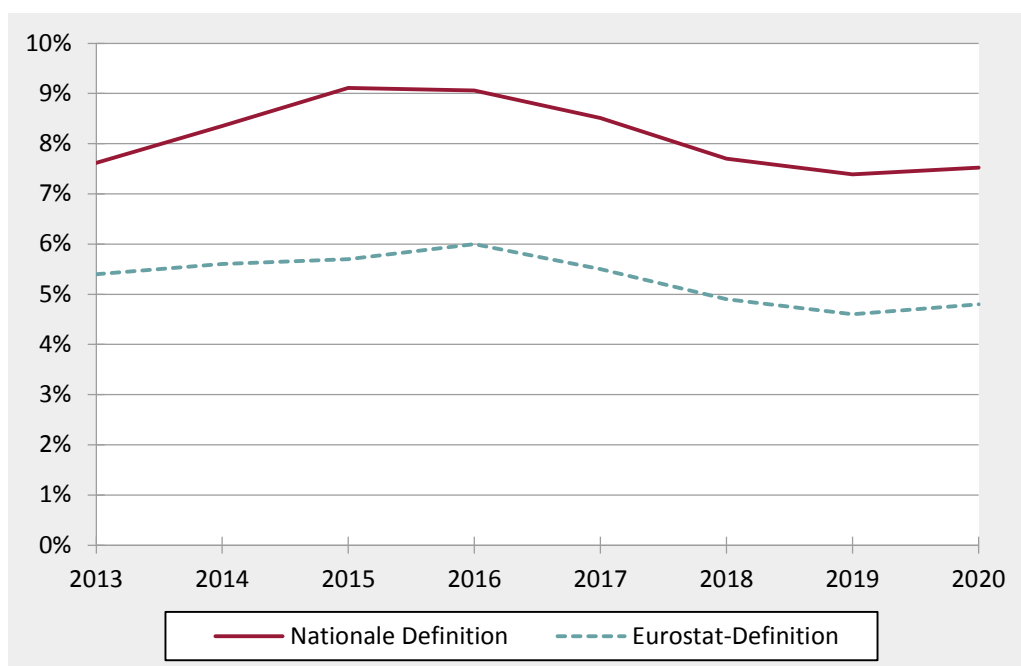
**Abbildung 1: BIP, Privater Konsum und Bruttoanlageinvestitionen, real**



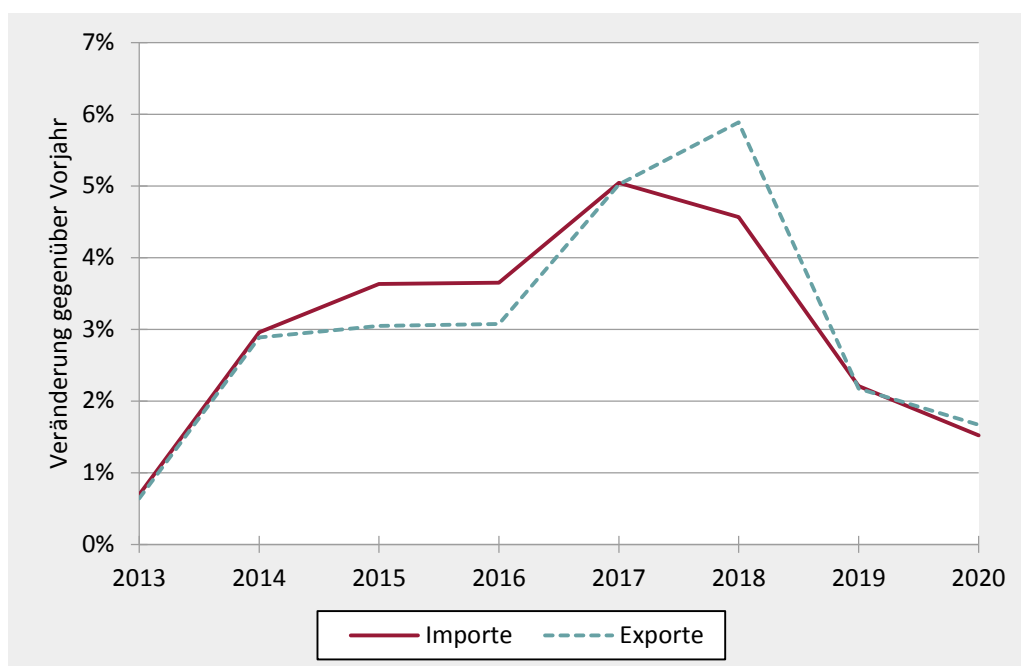
**Abbildung 2: Löhne, Preise und Beschäftigung**



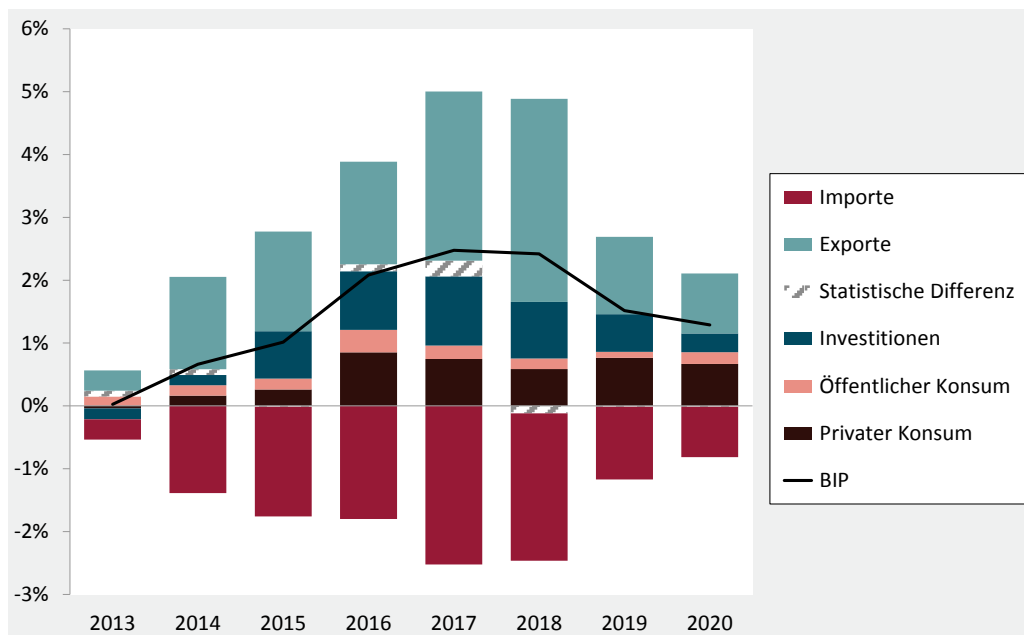
**Abbildung 3: Arbeitslosenquote**



**Abbildung 4: Importe (i. w. S.) und Exporte (i. w. S.)**



**Abbildung 5: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten**



## 2 Die internationale Konjunktur

### 2.1 Überblick

Die **Weltwirtschaft** verliert weiter an Dynamik. Die globalen Unsicherheiten, insbesondere der Handelskonflikt zwischen den USA und China, trüben die Stimmung in der Industrie ein und dämpfen den Welthandel. Das Wachstum in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften schwächte sich zuletzt ab. Die USA haben den Höhepunkt ihres konjunkturellen Zyklus bereits überschritten und auch der Euroraum wächst aufgrund der schwachen Entwicklung in Deutschland und Italien nur mäßig. Die Schwellenländer entwickelten sich zuletzt wieder etwas kräftiger, trotz des schwächer als erwarteten Wachstums in Indien und Mexiko. Argentinien befindet sich nach wie vor in einer wirtschaftlichen Krise, während die Türkei sich schneller erholte als erwartet.

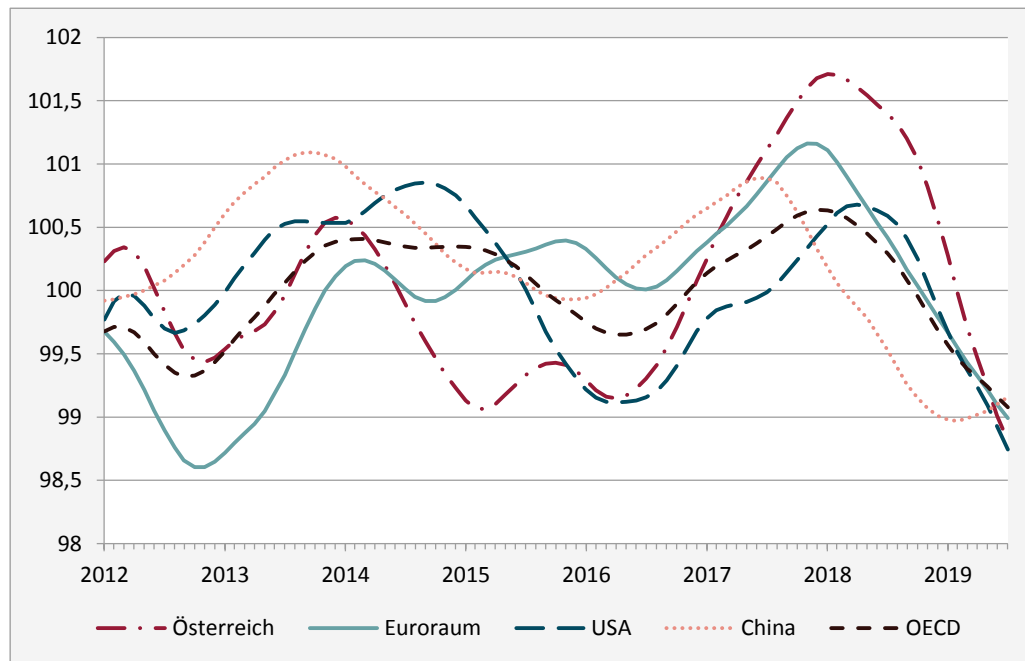
Die weltweite Industrieproduktion entwickelt sich weiter schwach. Das Wachstum bezogen auf das Vorquartal betrug laut CPB im zweiten Quartal des laufenden Jahres –0,1 %, nach 0,2 % im ersten Quartal. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften sank die Industrieproduktion im zweiten Quartal 2019 bezogen auf das Vorquartal um 0,2 %, getrieben von einem Rückgang in den USA um 0,5 % und im Euroraum um 0,7 %. Die Industrieproduktion der Schwellenländer stagnierte im zweiten Quartal. Dabei fiel das Wachstum der chinesischen Produktion auf 0,5 %.

Seit Ende des vergangenen Jahres schwächte sich der weltweite Handel zunehmend ab. Bezogen auf das Vorquartal ging der internationale Handel im vierten Quartal 2018 um 0,5 %, im ersten Quartal 2019 um 0,3 % und im zweiten Quartal des laufenden Jahres um 0,8 % zurück. Die stärksten Rückgänge im zweiten Quartal verzeichneten China mit 4,0 %, die USA mit 1,4 % sowie die asiatischen Schwellenländer (exklusive China) und der Euroraum mit jeweils 1,1 %.

Der globale *Markit Purchasing Managers Index* in der Industrie fiel im zweiten Quartal 2019, getrieben durch die Entwicklungen der fortgeschrittenen Volkswirtschaften, stark und stabilisierte sich im August etwas unterhalb der neutralen 50-Punkte-Marke. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich auch bei den Dienstleistungen, jedoch liegt die Stimmung dort noch im positiven Bereich. In den Schwellenländern verbesserte sich die Stimmung in der Industrie zuletzt und liegt sogar im positiven Bereich. Auch die Stimmung im Dienstleistungsbereich der Schwellenländer verbesserte sich im Juli und August deutlich. Nach einer Erholung im zweiten Quartal 2019 fiel der ifo Indikator für das Weltwirtschaftsklima im dritten Quartal wieder deutlich. Bei den Einschätzungen über die weltweite Gesamtwirtschaft überwiegen aktuell die negativen Bewertungen.

Der *OECD Composite Leading Indicator* für die Länder der OECD deutet weiterhin auf eine Abkühlung hin, während der Indikator für China seit Ende des ersten Quartals 2019 wieder eine stärkere zukünftige Entwicklung signalisiert.

**Abbildung 6: OECD-Frühindikator**



Quelle: OECD, Refinitiv Datastream

Nach einem Wachstum von 3,4 % im Vorjahr rechnet das Institut für das laufende Jahr mit einem Rückgang des Welthandels um 0,5 % und einem Wachstum um 1,3 % im Jahr 2020. Gestützt durch die relativ stabile Entwicklung der Dienstleistungen dürfte die Weltwirtschaft im Jahr 2019 voraussichtlich um 3,0 % und im Jahr 2020 um 3,1 % wachsen. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung der EU-27 dürfte im laufenden und im kommenden Jahr jeweils 1,4 % betragen. Für die Länder der OECD werden Wachstumsraten von 1,8 % und 1,6 % prognostiziert.

Der Preis für Rohöl der Sorte Brent lag im April 2019 bei durchschnittlich 71 US-Dollar pro Barrel und fiel bis August auf durchschnittlich etwa 60 US-Dollar. Infolge des Anschlags auf Ölproduktionsstätten in Saudi-Arabien stieg der Preis zeitweise auf etwa 70 US-Dollar, fiel aber innerhalb weniger Tage wieder deutlich und lag zuletzt bei etwa 62 US-Dollar pro Barrel. Für das Jahr 2019 geht das Institut von einem Ölpreis von 64 US-Dollar und für 2020 von 60 US-Dollar aus.

Der US-Dollar wertete im bisherigen Jahresverlauf gegenüber dem Euro tendenziell auf. Der Wechselkurs stand im August 2019 bei 1,11 USD/EUR, nach 1,12 USD/EUR im zweiten Quartal 2019 und 1,18 USD/EUR im Jahresdurchschnitt 2018. Für das laufende

Jahr geht das Institut von einem USD/EUR-Wechselkurs von 1,12 und für 2020 von 1,11 aus.

Es bestehen weiterhin erhebliche Risiken für die Weltkonjunktur. Der Handelskonflikt zwischen den USA und China zeigt bereits Auswirkungen auf den Welthandel. Die in den letzten Monaten fortschreitende Eskalation drückt auf die Stimmungs- und Vorlaufindikatoren. Eine Eskalation und regionale Ausweitung der Handelskonflikte würde die Weltkonjunktur weiter bremsen. So würden Strafzölle der USA auf europäische Autos und Kfz-Zulieferteile die Wirtschaft im Euroraum merklich belasten. Weitere Risiken stellen ein möglicher geopolitischer Konflikt und die dadurch entstehenden Auswirkungen auf die Lieferketten von Erdöl dar. Der Anschlag auf Ölverarbeitungsanlagen in Saudi-Arabien Mitte September übte zwar keinen dauerhaften Druck auf den Ölpreis aus, jedoch nahmen dadurch die Spannungen zwischen den USA und dem Iran weiter zu.

Bisher konnte das stabile Wachstum der Dienstleistungen der schwachen Entwicklung der Industrieproduktion entgegenwirken. Es besteht jedoch weiterhin die Gefahr, dass sich die Schwäche in der Industrieproduktion verzögert auf die Entwicklungen im Dienstleistungsbereich auswirkt. Weitere Unsicherheiten bestehen über die genauen Modalitäten und den Zeitpunkt des EU-Austritts des Vereinigten Königreichs.

**Tabelle 2: Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum in Prozent**

	2018	2019	2020
BIP-Wachstum	1,9	1,1	1,2
Arbeitslosenquote	8,2	7,5	7,4
Inflation HVPI	1,8	1,2	1,3

Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

Nach einem kräftigen Wachstum von 0,4 % im ersten Quartal 2019 bezogen auf das Vorquartal, schwächte sich die wirtschaftliche Entwicklung im **Euroraum** mit einem Wachstum um 0,2 % im zweiten Quartal deutlich ab. Während die Inlandsnachfrage noch weiter expandierte, trug der Außenhandel negativ zum Wachstum bei. Das geringe Wachstum im Euroraum ist vor allem auf die schwache wirtschaftliche Entwicklung der zwei großen Volkswirtschaften Deutschland und Italien zurückzuführen. Die Wirtschaft dieser Länder schrumpfte um 0,1 % bzw. stagnierte. In Spanien betrug das Wachstum hingegen weiterhin kräftige 0,5 %, und die Wirtschaft Frankreichs expandierte um 0,3 %.

Die konjunkturelle Stimmung im Euroraum trübt sich weiter ein. Der *Economic Sentiment Indicator* der Europäischen Kommission sowie der *OECD Composite Leading*

*Indicator* fallen seit Ende des Jahres 2017. Vor allem die Stimmung der Industrie entwickelt sich seit Beginn des laufenden Jahres deutlich negativ. Der entsprechende *Markit Purchasing Manager Index* liegt seit März unter der 50-Punkte-Marke. Die Kapazitätsauslastung der Industrie des Euroraums ist, von hohem Niveau aus, im zweiten Quartal und Anfang des dritten Quartals gefallen. Die Stimmung im Dienstleistungsbereich sowie das Verbrauchervertrauen laut *DG ECFIN* stagnieren im positiven Bereich.

Die schlechte Stimmung und die rückläufige Produktion in der Industrie sowie die gedämpfte globale Nachfrage lassen auf eine schwache zukünftige Entwicklung der Investitionen und Exporte im Euroraum schließen. Die Geldpolitik wurde weiter gelockert. Die EZB beschloss am 12. September eine Senkung des Einlagesatzes auf –0,5 % sowie eine Neuauflage des monatlichen Anleihekaufprogramms. Diese Entscheidung traf im EZB-Rat auf einigen Widerstand. Getragen von der weiterhin guten Lage am Arbeitsmarkt und den vorteilhaften Finanzierungsbedingungen sollte der Konsum für weiteres Wirtschaftswachstum im Prognosezeitraum sorgen. Für das Jahr 2019 geht das Institut von einem moderaten Wachstum von 1,1 % aus, im kommenden Jahr wird eine leichte Erholung auf 1,2 % erwartet. Die Arbeitslosenquote dürfte im laufenden Jahr auf 7,5 % und im kommenden Jahr auf 7,4 % fallen. Nach einer Inflationsrate von 1,8 % im vergangenen Jahr, geht das Institut von 1,2 % im laufenden und 1,3 % im kommenden Jahr aus.

## 2.2 Länderprognosen

In den ersten beiden Quartalen des laufenden Jahres expandierte die Wirtschaft der **USA** um 0,8 % bzw. 0,5 % gegenüber dem Vorquartal. Im zweiten Quartal entwickelten sich die Exporte und die Investitionen rückläufig, jedoch zog das Wachstum des privaten Konsums deutlich an. Die Arbeitslosenquote sank von 3,9 % im Jahr 2018 auf 3,7 % im August. Der Beschäftigungszuwachs verlor zuletzt an Fahrt. Legte die Beschäftigung im Jahr 2018 im Durchschnitt pro Monat noch um 220.000 Personen zu, fiel das durchschnittliche monatliche Wachstum im zweiten Quartal 2019 auf etwa 150.000 Beschäftigte. Die Inflation sank von durchschnittlich 2,4 % im Jahr 2018 auf 1,7 % im August 2019. Im Juli und September senkte die US-Notenbank den Leitzins um jeweils 25 Basispunkte auf eine Spanne von aktuell 1,75 % bis 2 %. Die Renditen von US-Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit liegen seit einigen Monaten unterhalb jener mit 3-monatiger Restlaufzeit (*invertierte Zinskurve*), was historisch oft auf eine nahende Rezession hingewiesen hat.

Der Handelskonflikt zwischen den USA und China eskalierte weiter. So erhöhte die US-Regierung bereits bestehende Sonderzölle von 25 auf 30 % (ab 1. Oktober) und

erhob einen Sonderzollsatz von 15 % auf bisher nicht betroffene Produktgruppen im Ausmaß von 300 Mrd. US-Dollar (ab 1. September bzw. 15. Dezember in Kraft). China setzte Interventionen zur Stützung seiner Währung aus, wodurch der Wechselkurs seit langem wieder die Marke von 7 Yuan je US-Dollar überstieg. Zudem verabschiedete China weitere Strafzölle von 5 % und 10 % auf US-Produkte im Ausmaß von 75 Mrd. US-Dollar, welche ebenfalls Anfang September in Kraft traten bzw. Mitte Dezember in Kraft treten sollen. Zudem wurden die Ausnahmen für Fahrzeuge und Komponenten aufgehoben, was zu zusätzlichen Strafzöllen in Höhe von 30 % bei Produkten dieser Gruppen führte.

Die Stimmungsindikatoren in den USA geben weiter nach. Die *Markit Purchasing Managers Indices* für Industrie und Dienstleistungen fielen im zweiten und dritten Quartal deutlich, befinden sich aber noch knapp oberhalb der neutralen Marke. Auch die Indikatoren des *Institute for Supply Chain Management* weisen deutlich nach unten. Auch die wirtschaftlichen Vorlaufindikatoren der OECD und des US-amerikanischen *Conference Board* deuten auf eine Abkühlung der US-amerikanischen Wirtschaft hin. Das Verbrauchervertrauen laut *Conference Board* verbleibt im laufenden Jahr jedoch auf hohem Niveau. Das Wachstum in den USA dürfte im laufenden und im kommenden Jahr durch eine abnehmende Dynamik im Außenhandel und bei den Investitionen geprägt sein. Auch der starke Konsum wird sich wohl allmählich abschwächen. Das Institut rechnet im laufenden Jahr mit einem Wachstum von 2,3 % und im Jahr 2020 von 1,7 %.

In **Japan** erhöhte sich das BIP im zweiten Quartal um 1,0 % gegenüber dem Vorjahresquartal bzw. um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal. Die Inlandsnachfrage trug die Expansion. Der private Konsum wurde von steigenden Realeinkommen und Vorziehkäufen angesichts der Erhöhung der Mehrwertsteuer von 8 % auf 10 % im Oktober gestützt. Die dynamische Investitionstätigkeit dürfte die Bemühungen der Unternehmen widerspiegeln, die Engpässe auf dem Arbeitsmarkt zu kompensieren. Mit einer Arbeitslosenquote von 2,2 % im Juli fehlen der japanischen Wirtschaft dringend benötigte Arbeitskräfte. Die Verlangsamung der Auslandsnachfrage dämpfte die Industrieproduktion und die Exporte. Insbesondere die japanischen Exporte nach China und nach Südkorea sanken infolge der zunehmenden internationalen Handelsspannungen. Hinzu kommt, dass die japanische Währung seit Mai spürbar aufgewertet hat, was sich dämpfend auf die Exporte auswirkt. Mit 0,5 % lag der Preisauftrieb im Juli infolge der schwachen Nachfrage deutlich unter dem Zielwert der japanischen Notenbank von 2 %. Aufgrund der schwachen Wirtschaftslage und zur Erreichung des Preisstabilitätszieles bleibt die Geldpolitik expansiv ausgerichtet.

Die moderate Expansion der Wirtschaftsleistung dürfte sich im Prognosezeitraum fortsetzen. Stabile Beschäftigung, Lohnerhöhungen und höhere Sozialausgaben werden

den privaten Konsum stützen und die kurzfristigen Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung teilweise abfedern. Solide Unternehmensgewinne und die Arbeitskräfteknappheit sollten die Investitionstätigkeit fördern. Zusätzliche Infrastrukturinvestitionen werden im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen 2020 in Tokio getätigt. Die schwächere Wirtschaftsdynamik der Haupthandelspartner, vor allem in China, die politischen Spannungen zwischen Japan und Südkorea sowie die Unsicherheit, ob die USA die japanischen Autoexporte mit Zöllen belegen werden, trüben dagegen Japans Exportaussichten. Insgesamt dürfte die Wirtschaft im Jahr 2019 um 0,9 % und im kommenden Jahr um 0,7 % zulegen.

In **China** verlangsamte sich die Expansion der Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal auf 6,2 % im Jahresabstand, nach 6,4 % im Vorquartal. Dabei wurde die Wachstumsverlangsamung durch die Maßnahmen der chinesischen Regierung zur Ankurbelung der Wirtschaft abgefedert. Der Konsum, gestützt durch kräftig steigende Real-einkommen, und die öffentlichen Investitionen waren wichtige Wachstumstreiber. Trotz schwächerer Exporte infolge wachsender Unsicherheit wegen der Handels-spannungen mit den USA trugen die Nettoexporte weiter wesentlich zum BIP-Wachstum bei. Die Daten für das dritte Quartal zeigen eine weitere Abschwächung der Wirtschaftsdynamik. Der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe verharrte im August den vierten Monat in Folge im negativen Bereich. Die Inflationsrate beschleunigte sich im August auf 2,8 %. Dazu trugen die kräftig steigenden Lebensmittelpreise und insbesondere die hohen Preise für Schweinefleisch infolge der Afrikanischen Schweinepest bei.

Für die zweite Jahreshälfte ist infolge des Handelskonflikts mit den USA und der schwachen globalen Nachfrage mit einer langsameren Exportentwicklung zu rechnen. Auch die Verlangsamung der Binnenkonjunktur dürfte sich verstärken. Die inländischen Wirtschaftsungleichgewichte und die erforderlichen Maßnahmen zum Schuldenabbau trüben die Aussichten für die chinesische Wirtschaft. Die weiterhin expansive Geldpolitik dürfte die Wirtschaft stützen. Um das BIP-Wachstum anzukurbeln, hat die Regierung Anfang des heurigen Jahres Maßnahmen beschlossen, die hauptsächlich umfangreiche Abgabensenkungen im Fokus haben. Im Juni wurde ein weiterer fiskalpolitischer Impuls beschlossen. Durch Spezialanleihen für die lokalen Gebietskörperschaften sollen Infrastrukturinvestitionen gestützt und eine bessere Koordination zwischen der Fiskal- und Geldpolitik erreicht werden. Insgesamt wird für dieses Jahr mit einem Wachstum von 6,2 % und für das nächste Jahr von 5,9 % gerechnet.

In **Deutschland** hat sich die Konjunktur im Verlauf des Jahres weiter abgekühlt. Der recht kräftige temporäre Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal war wesentlich durch Nachholeffekte bedingt, nachdem die Probleme mit dem neuen

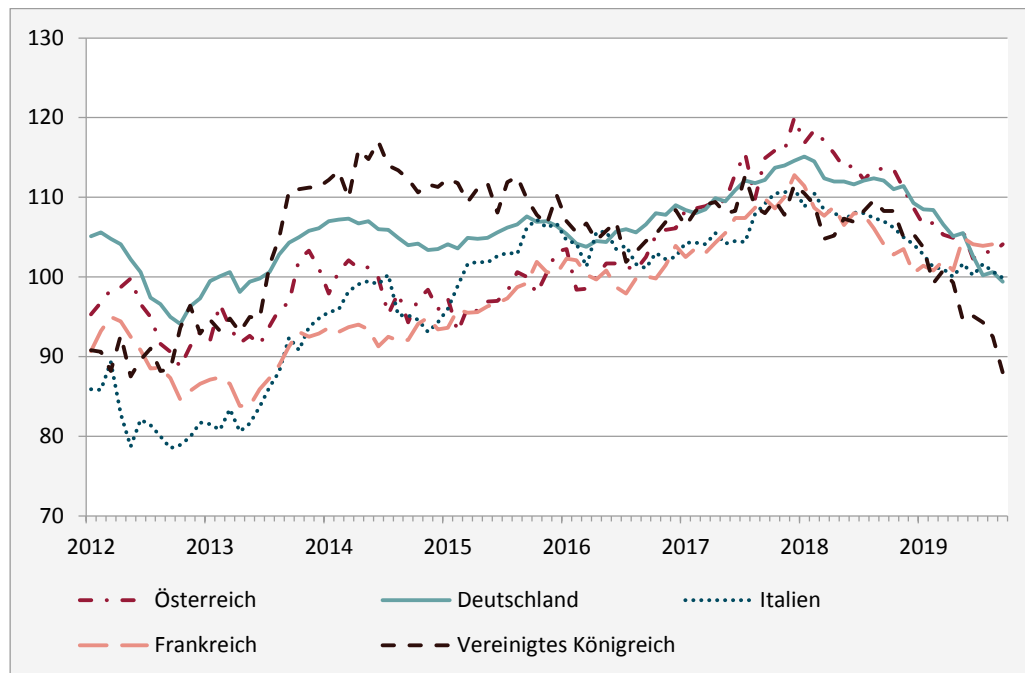
Pkw-Abgasprüfverfahren und die Folgen des niedrigen Wasserstands des Rheins die Produktion im vergangenen Jahr gedrückt hatten. Im zweiten und wohl auch im dritten Jahresviertel ist die Wirtschaftsleistung leicht zurückgegangen, und für das vierte Quartal zeichnet sich bestenfalls eine sehr schwache Belebung ab.

Der wichtigste Grund für die Konjunkturschwäche ist, dass sich die deutsche Industrie in der Rezession befindet. Dort ist die Produktion bereits seit rund eineinhalb Jahren rückläufig. Inzwischen ist diese Schwäche nicht mehr auf Sonderprobleme in einzelnen Branchen beschränkt, sondern hat weite Teile des Verarbeitenden Gewerbes erreicht. Die Handelskonflikte zwischen den USA auf der einen Seite und China sowie der EU auf der anderen Seite sowie die Unklarheiten über die zukünftigen Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU haben die Unsicherheit erhöht, mit negativen Folgen für die Investitionen weltweit. Davon wird die besonders auf die Produktion von Investitionsgütern spezialisierte deutsche Industrie überproportional in Mitleidenschaft gezogen. Zudem brach die Kfz-Produktion ein, was wohl neben konjunkturellen Faktoren auch darauf zurückzuführen ist, dass sich weltweit ein signifikanter Technologiewandel weg vom Verbrennungsmotor vollzieht. Die Schwäche im Verarbeitenden Gewerbe strahlt mittlerweile auf die unternehmensnahen Dienstleistungen aus. Dies zeigt sich nicht zuletzt darin, dass inzwischen auch dort die Unternehmen hinsichtlich ihrer Geschäftserwartungen pessimistisch sind. Gestützt wird die Konjunktur von der Finanzpolitik sowie der erneut gelockerten Geldpolitik.

Die Arbeitslosenquote gemäß nationaler Definition belief sich im August auf 5,1 %. Damit war sie so hoch wie vor einem Jahr. Der jahrelange Rückgang der Arbeitslosigkeit ist damit vorerst zum Stillstand gekommen; zuletzt stieg die saisonbereinigte Arbeitslosenquote leicht. Die Inflation bleibt in Deutschland niedrig. Im Zeitraum Jänner bis August war der Verbraucherpreisindex durchschnittlich um 1,5 % höher als im gleichen Vorjahreszeitraum, wobei die Inflation aufgrund der Entwicklung der Energiepreise im Sommer deutlich niedriger war als im Frühjahr.

Die geringe Preissteigerung stärkt zusammen mit recht kräftigen Lohnerhöhungen und fiskalischen Maßnahmen die Kaufkraft der privaten Haushalte. Allerdings dürften die Löhne im kommenden Jahr wegen der Konjunkturschwäche nicht mehr so stark steigen wie im laufenden Jahr. Die Investitionen profitieren von den niedrigen Finanzierungskosten, werden aber von der hohen Unsicherheit und der Nachfrageschwäche belastet. Die Exporte dürften sich erst allmählich mit der erwarteten Erholung des Welthandels beleben. Alles in allem dürfte die Wirtschaftsleistung in Deutschland im laufenden Jahr um 0,5 % und im kommenden Jahr um 1,0 % zulegen. Die Wachstumsrate im Jahr 2020 überzeichnet dabei die tatsächliche konjunkturelle Dynamik, weil ein großer Teil des Zuwachses allein auf die größere Zahl von Arbeitstagen zurückzuführen ist.

**Abbildung 7: Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI)**



Quelle: Europäische Kommission, Refinitiv Datastream

Das Wirtschaftswachstum in **Italien** wird im Jahr 2019 voraussichtlich 0,1 % betragen. Für das Jahr 2020 erwartet das Institut eine leichte Erholung der italienischen Volkswirtschaft und einen Anstieg des BIP um 0,6 %. Im Vergleich zur Juni-Prognose ergibt sich somit für beide Jahre eine weitere Abschwächung der wirtschaftlichen Dynamik bei einem bereits recht niedrigen Potenzialwachstum.

Es bleibt abzuwarten, ob die neue Regierung die strukturellen Probleme der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Angriff nimmt, um zumindest mittelfristig eine Verbesserung des Wachstumspotenzials zu erreichen. Die Ausgangsbasis für Reformen der neuen Regierung wird weiterhin durch die derzeitigen konjunkturellen Bedingungen erschwert. Neben dem niedrigen Potenzialwachstum leidet die italienische Volkswirtschaft derzeit vor allem unter den hohen weltwirtschaftlichen Risiken und einer damit einhergehenden schwächeren ausländischen Nachfrage.

In **Frankreich** hat das Bruttoinlandsprodukt in den ersten beiden Quartalen des laufenden Jahres um 0,3 % gegenüber den jeweiligen Vorquartalen zugelegt. Getragen wurde dieses Wachstum durch die Inlandsnachfrage, die auf die kaufkraftstärkenden Maßnahmen im vorangegangenen Jahr reagiert haben dürfte. Der Außenhandel trug hingegen im ersten Quartal negativ und im zweiten Quartal aufgrund rückläufiger Importe schwach positiv zum Wachstum bei. Die Arbeitslosenquote sank von 9,1 % im Vorjahr auf 8,5 % im Juli. Die Inflationsrate entwickelte sich insbesondere durch den Ende 2018 stark gefallen Ölpreis rückläufig und betrug im August 1,3 %. Die Renditen

für 10-jährige Staatsanleihen fielen von 0,8 % im Durchschnitt des Jahres 2018 auf zuletzt –0,3 % im August des laufenden Jahres.

Die schwache globale Nachfrage, die Unsicherheit über die Handelspolitik der USA sowie der bevorstehende Brexit dürften sich in einer gedämpften Entwicklung der Exporte niederschlagen. Im laufenden und im kommenden Jahr wird die wirtschaftliche Entwicklung daher weiterhin von der heimischen Nachfrage getragen. Die *Banque de France* sieht im laufenden Jahr noch verzögert eintretende positive Impulse für den privaten Konsum durch die letztes Jahr beschlossenen fiskalischen Maßnahmen. In den letzten Monaten wurden weitere Maßnahmen angekündigt, welche die Jahre 2020 und 2021 betreffen. Diese umfassen eine Einkommensteuersenkung, eine Arbeitslosenversicherungsreform, das Einfrieren öffentlicher Löhne im Jahr 2020 sowie die weitere Aussetzung der *Taxe d'Habitation* (vom Immobilieneigentümer zu bezahlende Steuer). In Summe sieht die *Banque de France* nur einen geringen Nettoeffekt dieser Maßnahmen auf die Kaufkraft für 2020.

Die Stimmungsindikatoren der letzten Monate deuten, entgegen der Stimmung im gesamten Euroraum, überwiegend auf eine Verbesserung hin. Der *Markit Purchasing Managers Index* für die Industrie stagnierte in den ersten drei Quartalen des laufenden Jahres knapp oberhalb der neutralen 50-Punkte-Marke, während der Index für die Dienstleistungen seit Mitte des ersten Quartals beständig anstieg und erst im September wieder leicht nachgab. Das Verbrauchervertrauen und das Vertrauen in der Industrie stiegen laut *DG ECFIN* in den letzten beiden Quartalen. Die Indikatoren der Stimmung im Baugewerbe, im Einzelhandel und im Dienstleistungsbereich stagnierten zuletzt. Der *Composite Leading Indicator* der OECD ist im Juli 2019 erstmals seit Oktober 2017 wieder leicht angestiegen und signalisiert wohl einen Wendepunkt in der französischen Konjunktur. Für die Jahre 2019 und 2020 wird mit einem Wachstum von jeweils 1,3 % gerechnet.

Die Konjunktur im **Vereinigten Königreich** wird weiterhin durch die Unsicherheiten rund um den Brexit belastet. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist immer noch unklar, ob das Vereinigte Königreich am 31. Oktober ohne begleitenden Vertrag aus der EU austreten wird, ob der Brexit-Termin erneut verschoben wird oder ob für das gegenwärtige Austrittsdatum doch noch ein vertraglicher Rahmen vereinbart wird. Das Institut nimmt für diese Prognose an, dass der Austritt auf Anfang 2020 verschoben wird und dann geregelt verläuft. Nach einem aufgrund von Vorzieheffekten sehr robusten Wachstum im ersten Quartal (der ursprünglich für März geplante Austritt wurde erst kurzfristig auf Oktober verschoben) ging das BIP im zweiten Quartal um 0,2 % zurück. Dies war der erste Rückgang seit beinahe sieben Jahren. Die mit dem Brexit verbundenen Unsicherheiten belasten weiterhin die Investitionspläne der Unternehmen, was sich zuletzt auch in deutlich rückläufigen Bauinvestitionen wider-

spiegelte. Der Konsum hingegen zeigte weiterhin ein solides Wachstum, auch aufgrund der guten Beschäftigungslage, während sowohl die Exporte als auch die Importe schrumpften. Der äußerst kräftige Rückgang der Importe im zweiten Quartal kann allerdings als Gegenbewegung zum ebenfalls sehr deutlichen Wachstum im Vorquartal gesehen werden.

Die Stimmungsindikatoren stimmen für die kommenden Monate eher pessimistisch. Der *Markit/CIPS UK Index* für das Verarbeitende Gewerbe befindet sich seit Mai unterhalb der Wachstumsschwelle, der Index für den Dienstleistungssektor bewegte sich in den vergangenen Monaten nur knapp darüber und die Investitions- und Beschäftigungsabsichten (laut *Agents' Summary of Business Conditions* der *Bank of England*) folgen seit Mitte 2018 einem deutlich rückläufigen Trend. Immerhin dürfte die Binnennachfrage weiterhin stützend wirken. Der Arbeitsmarkt befindet sich in einer guten Verfassung und die Arbeitslosenquote liegt mit 3,8 % auf dem tiefsten Stand seit Anfang der 1970er Jahre. Die *Bank of England* hat kommuniziert, dass die weitere Ausgestaltung der Geldpolitik stark davon abhängen wird, wie die Reaktionen auf den Brexit ausfallen. Die Inflation, die im Juli mit 1,7 % unter dem 2-Prozent-Ziel der Notenbank lag, liefert gegenwärtig keinen Grund für eine Änderung der Leitzinsen. Unter der Annahme eines geregelten Austritts sollte das Wirtschaftswachstum im kommenden Jahr nur leicht zurückgehen und im Prognosezeitraum 1,1 % bzw. 1,0 % betragen.

Das Wachstum der Wirtschaft in der **Schweiz** hat sich im zweiten Quartal des laufenden Jahres etwas abgeschwächt. Das Wachstum gegenüber dem Vorquartal sank von 0,4 % auf 0,3 %. Der private Konsum hat sich solide entwickelt, während sich die Investitionen deutlich abschwächten. Der Außenhandel trug negativ zum Wachstum bei. Der *Markit/Credit Suisse Index* für das Verarbeitende Gewerbe, der seit September vergangenen Jahres zurückgeht und seit April dieses Jahres unter der 50-Punkte-Marke liegt, hat sich im August auf niedrigem Niveau (47,2 Punkte) stabilisiert. Die ohnehin sehr niedrige Inflation ist im Sommer noch einmal leicht gesunken und betrug zuletzt 0,3 %. Sie wird voraussichtlich weiterhin auf einem niedrigen Niveau verharren, was den Konsum stärken sollte. Auch der Arbeitsmarkt dürfte – nach einer bereits günstigen Entwicklung in den ersten beiden Quartalen bei sowohl Beschäftigung als auch Arbeitslosigkeit – weiterhin positive Impulse auf den Konsum ausüben. Im August betrug die nationale Arbeitslosenquote 2,2 %. Im laufenden Jahr sollte sich die für die Schweiz sehr wichtige Exportwirtschaft aufgrund der geringeren Dynamik im Welthandel und des starken Schweizer Franken nur gedämpft entwickeln. Auch die Investitionen dürften nur langsam wieder in Schwung kommen. Zusätzlich bestehen nach wie vor Unsicherheiten im Zusammenhang mit der ausstehenden Einigung über das Rahmenabkommen mit der Europäischen Union. Die Wirtschaft sollte damit im

Prognosezeitraum mit 1,1 % und 1,6 % deutlich langsamer als im vergangenen Jahr wachsen.

Trotz einer leichten Abnahme des Expansionstempos in einigen Ländern in der ersten Jahreshälfte bleiben die **mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten (MOEL)** auf einem soliden Wachstumskurs. Die private und die öffentliche Konsumnachfrage sollten im Prognosezeitraum zusammen mit der Investitionsnachfrage, darunter auch die aus Mitteln des EU-Strukturfonds kofinanzierten öffentlichen Infrastrukturinvestitionen, weiterhin expansionstreibend wirken. Unterstützend wirken auch die Fiskal- und die Geldpolitik, die expansiv ausgerichtet bleiben. Allerdings dürfte die nachlassende Dynamik der Binnennachfrage als Folge einer Verlangsamung des Beschäftigungswachstums – nicht zuletzt aufgrund des erheblichen Mangels an Fachkräften, welcher die Expansionsmöglichkeiten immer mehr einschränkt – das BIP-Wachstum weiter dämpfen. Auch die schwächere Auslandsnachfrage beeinträchtigt in den MOEL das konjunkturelle Umfeld in zunehmendem Maße. Zugleich löst der Arbeitskräftemangel jedoch Investitionen in die Automatisierung und Robotisierung von Prozessen in vielen wirtschaftlichen Bereichen mit entsprechenden Produktivitätseffekten aus, welche die Wettbewerbsfähigkeit der MOEL stärken. Im Durchschnitt ist eine Zunahme des BIP in den MOEL-5 um 3,8 % in diesem und um 3,1 % im kommenden Jahr zu erwarten.

In **Tschechien** erhöhte sich das BIP im zweiten Quartal um 0,7 % gegenüber dem Vorquartal bzw. 2,7 % im Vorjahresvergleich. Zwar war die Inlandsnachfrage der Hauptwachstumstreiber, aber auch die Exporte trugen positiv zum BIP-Wachstum bei. Mit einer Arbeitslosenquote von 2,1 % im Juli herrscht in Tschechien Vollbeschäftigung. Das Fehlen von Arbeitskräften schränkt die Produktion zunehmend ein, was die Unternehmen zu Investitionen motiviert. Die Inflation erhöhte sich im August auf 2,6 %. Dabei verstärken die kräftige Lebensmittel- und Energiepreiszunahme und das starke Lohnwachstum den Druck auf das allgemeine Preisniveau. In den Jahren 2019 und 2020 dürfte die Wirtschaftsleistung infolge starker Investitionen und eines robusten Konsumwachstums, gestützt durch weitere Fiskalimpulse, um 2,6 % bzw. 2,5 % zunehmen. Eine Abschwächung der Nachfrage aus der EU und eine Verschärfung der globalen Handelskonflikte stellen angesichts der exportorientierten tschechischen Industrie Abwärtsrisiken dar.

In **Ungarn** expandierte die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal um 1,1 % gegenüber dem Vorquartal, im Vorjahresvergleich legte sie um 5,2 % zu. Die Inlandsnachfrage, mit besonders stark expandierenden Bauinvestitionen, trug das Wachstum. Die Nettoexporte wirkten hingegen bremsend. Die Inflation beschleunigte sich im August auf 3,2 %, die zweithöchste Rate in der EU. Die Arbeitslosenquote betrug im Juli 3,4 %. Die Investitionstätigkeit wird in der Prognoseperiode zusammen mit dem privaten

Konsum, gestützt durch weitere Lohnsteigerungen und eine Fortsetzung der dynamischen Kreditvergabe, das Wachstum tragen. Die Nutzung der EU-Mittel erreicht voraussichtlich im Jahr 2019 ihren Höhepunkt und nimmt danach allmählich ab. Die Engpässe auf dem Arbeitsmarkt und ein langsamerer Anstieg der Realeinkommen, bedingt durch die hohe Inflation, wirken dämpfend. Somit dürfte die Wirtschaftsleistung in diesem und im nächsten Jahr um 4,7 % bzw. 2,7 % zunehmen.

In **Polen** expandierte das BIP im zweiten Quartal mit 4,2 % zum Vorjahresquartal sehr kräftig, zum Vorquartal legte es um 0,8 % zu. Diese Entwicklung war auf eine starke Zunahme des privaten Konsums infolge stark steigender Löhne, Beschäftigung und Sozialtransfers zurückzuführen. Sowohl die Bau- als auch die Ausrüstungsinvestitionen zogen deutlich an. Die Inflation beschleunigte sich und betrug im August 2,6 %. Die Arbeitslosenquote blieb mit 3,3 % im Juli auf dem Vorjahresniveau. Die Engpässe auf dem Arbeitsmarkt dämpfen zunehmend die Wirtschaftsaktivität. Die Entwicklung der Industrieproduktion und der Exporte dürfte sich wegen der schwachen deutschen Nachfrage verlangsamen. Die Inlandsnachfrage sollte in der Prognoseperiode der Wachstumsmotor bleiben. Das angekündigte Fiskalpaket in Höhe von rund 1 % des BIP im heurigen Jahr dürfte die Ausgaben der Haushalte ankurbeln und die diesjährige Abkühlung abfedern. Die Wirtschaftsleistung dürfte in diesem und im nächsten Jahr um 4,2 % bzw. 3,5 % zunehmen.

In der **Slowakei** verlangsamte sich die Expansion der Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal auf 2,6 % gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres und auf 0,5 % gegenüber dem Vorquartal. Die Verringerung der wirtschaftlichen Dynamik ist auf die schwächere Zunahme der Industrieproduktion und der Exporte infolge einer abgekühlten Auslandsnachfrage zurückzuführen. Die Inflationsrate blieb im August mit 3,0 % hoch. Die Arbeitslosenquote betrug im Juli 5,3 % und lag damit auf einem historisch niedrigen Niveau. Weitere Lohnerhöhungen und eine Zunahme der Beschäftigung werden den privaten Konsum im Prognosezeitraum stützen und den Abschwung durch die nachlassenden Anlageinvestitionen, infolge der Fertigstellung von Projekten im Automobilsektor, abfedern. Weitere Abwärtsrisiken gehen von der anhaltenden Schwäche der deutschen Automobilindustrie aus. Die Wirtschaftsleistung wird somit in diesem Jahr um 2,9 % und im kommenden Jahr um 2,6 % wachsen.

In **Slowenien** nahm das BIP im zweiten Quartal um 0,2 % zum Vorquartal bzw. um 2,6 % im Vorjahresvergleich zu. Sowohl der private Konsum als auch die Anlageinvestitionen waren die Wachstumstreiber. Die Nettoexporte schwächten hingegen das BIP-Wachstum. Der Anstieg der Lebensmittel- und Dienstleistungspreise trug zur Erhöhung der Inflation auf 2,4 % im August bei. Die Arbeitslosenquote blieb seit diesem Frühling stabil auf 4,5 % (–0,8 Prozentpunkte im Vorjahresvergleich). Das BIP dürfte in diesem Jahr um 2,8 % und im Jahr 2020 um 2,7 % expandieren. Die

Investitionen, kofinanziert durch EU-Fördermittel, dürften weiter moderat zunehmen und zusammen mit dem privaten Konsum zum BIP-Wachstum beitragen. Die schwächere Auslandsnachfrage wird das Wachstum hingegen dämpfen.

Im zweiten Quartal erhöhte sich das BIP in **Rumänien** um 4,6 % im Vorjahresvergleich bzw. um 1,0 % gegenüber dem Vorquartal. Die Investitionen und der private Konsum, gestützt durch starke Lohnsteigerungen und Steuersenkungen trugen das BIP-Wachstum. Die Arbeitslosenquote beträgt seit April 3,9 %. Getrieben durch schnell wachsende Löhne und steigende Lebensmittelpreise erhöhte sich die Inflation im August auf 4,1 %, dies war erneut die höchste Teuerungsrate in der EU. Aufgrund der angekündigten weiteren Pensions- und Lohnerhöhungen dürfte der private Konsum in diesem Jahr zusammen mit den Bauinvestitionen der Haupttreiber der Konjunktur bleiben. Da sich der dynamische Konsum in steigenden Importen niederschlägt, dürfte der Beitrag der Nettoexporte negativ bleiben und sich das Leistungsbilanzdefizit weiter erhöhen. Angesichts stark zunehmender öffentlicher Ausgaben könnte das Budgetdefizit in diesem Jahr die 3-Prozent-Marke überschreiten. Insgesamt dürfte 2019 und 2020 die Wirtschaftsleistung um 4,2 % bzw. 3,0 % expandieren.

In **Kroatien** erhöhte sich die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal um 2,5 % gegenüber dem Vorjahresquartal bzw. um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal. Das robuste Wachstum spiegelte die solide Inlandsnachfrage, die kräftig gestiegenen Investitionen sowie den starken öffentlichen Konsum wider. Die Nettoexporte trugen hingegen negativ zum Wachstum bei. Die Inflationsrate blieb im August mit 0,6 % niedrig; die Arbeitslosenquote blieb seit April unverändert auf 7,1 % (–1,3 Prozentpunkte im Vorjahresvergleich). In der Prognoseperiode sind aufgrund der weiter sinkenden Arbeitslosigkeit, steigender Realeinkommen, Steuersenkungen sowie günstiger Kreditbedingungen weitere Impulse vom privaten Konsum zu erwarten. Auch die Investitionen dürften ihre lebhafteste Dynamik beibehalten, während die Nettoexporte wegen des schwierigen externen Umfeldes im negativen Bereich bleiben. Das BIP dürfte in den Jahren 2019 und 2020, gestützt durch die von der EU kofinanzierten Investitionen, um 2,8 % bzw. 2,5 % zunehmen.

Im zweiten Quartal expandierte das BIP in **Bulgarien** im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 3,5 %, im Vorquartalsvergleich legte die Wirtschaftsleistung um 0,8 % zu. Die Expansion wurde sowohl von der Inlands- als auch von der Auslandsnachfrage getragen. Die Inflationsrate betrug im August 2,5 %. Die Arbeitslosenquote lag im Juli mit 4,5 % um 0,7 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Der Konsum, angetrieben von steigenden Löhnen, und die Investitionen werden in der Prognoseperiode die Wachstumsmotoren bleiben. Das BIP dürfte in den Jahren 2019 und 2020, gestützt durch eine dynamische Entwicklung der von der EU kofinanzierten Investitionen, um 3,2 % bzw. 3,0 % expandieren.

In **Russland** beschleunigte sich das BIP-Wachstum im zweiten Quartal, nach dem schwachen Vorquartal, leicht und erreichte 0,9 % im Jahresabstand. Expansive Impulse gingen vor allem vom Rohstoffsektor aus. Konjunkturstützend wirkte auch die nach wie vor lebhaftere Kreditvergabe, insbesondere in Form von Konsumkrediten, sodass der Einzelhandel mäßig zulegen konnte. Die infolge der steigenden Inflation, die sich im August auf 4,3 % erhöhte, sinkenden Realeinkommen bremsten hingegen die private Konsumnachfrage. Eine weiterhin restriktive Fiskalpolitik, die für eine nur schwache Ausweitung der Investitionen teilweise verantwortlich war, dämpfte die konjunkturelle Expansion zusätzlich. Die schwache Auslandsnachfrage spiegelte sich in sinkenden Exporten – bei zugleich zurückgehenden Importen – während der ersten Jahreshälfte wider. Der Rückgang der russischen Erwerbsbevölkerung führt zu Engpässen auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosigkeit sank im August auf 4,3 %.

Für die Jahre 2020 bis 2024 sind umfangreiche staatliche Investitionen in Infrastruktur-, Gesundheitsversorgungs- und Bildungsprojekte in Höhe von kumuliert 3 % des BIP geplant. Nach der schwachen Dynamik in der ersten Jahreshälfte dürfte sich die private Konsumnachfrage infolge einer nachlassenden Inflation in Verbindung mit einer weiteren Ausweitung der Konsumkredite leicht beschleunigen. Wegen der Abkühlung der internationalen Konjunktur und aufgrund des neuen OPEC-Plus-Abkommens, welches eine Kürzung der Ölfördermengen vorsieht, wird für den Prognosezeitraum keine Belebung des russischen Exportvolumens erwartet. Das Volumen der Importe wird bei einem steigenden Bedarf an Investitionsgütern voraussichtlich zulegen. Insgesamt ist für das laufende und das nächste Jahr ein BIP-Zuwachs in Höhe von 1,0 % bzw. 1,5 % zu erwarten.

**Tabelle 3: Internationale Rahmenbedingungen**  
*Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent*

	2016	2017	2018	2019	2020
BIP, real					
Deutschland	2,2	2,5	1,5	0,5	1,0
Italien	1,1	1,7	0,9	0,1	0,6
Frankreich	1,1	2,3	1,7	1,3	1,3
Vereinigtes Königreich	1,8	1,8	1,4	1,1	1,0
Schweiz	1,7	1,8	2,8	1,1	1,6
USA	1,6	2,4	2,9	2,3	1,7
Japan	0,6	1,9	0,8	0,9	0,7
China	6,7	6,8	6,5	6,2	5,9
Polen	3,1	4,9	5,1	4,2	3,5
Slowakei	3,1	3,2	4,1	2,9	2,6
Tschechien	2,5	4,4	3,0	2,6	2,5
Ungarn	2,3	4,1	4,9	4,7	2,7
Slowenien	3,1	4,8	4,1	2,8	2,7
MOEL-5 <sup>1</sup>	2,9	4,5	4,5	3,8	3,1
Bulgarien	3,9	3,8	3,1	3,2	3,0
Rumänien	4,8	7,0	4,1	4,2	3,0
Kroatien	3,5	2,9	2,6	2,8	2,5
Russland	0,3	1,6	2,3	1,0	1,5
Euroraum	1,9	2,5	1,9	1,1	1,2
NMS-6 <sup>2</sup>	3,2	4,9	4,3	3,9	3,1
EU-27 <sup>3</sup>	2,0	2,7	2,1	1,4	1,4
OECD	1,8	2,6	2,3	1,8	1,6
Welt	3,4	3,8	3,6	3,0	3,1
Welthandel (Waren laut CPB)	1,4	4,9	3,4	−0,5	1,3
Österreichische Exportmärkte	3,2	5,4	3,5	1,3	1,8
USD/EUR Wechselkurs <sup>4</sup>	1,11	1,13	1,18	1,12	1,11
Rohölpreis (Brent, USD/barrel) <sup>4</sup>	45,0	54,8	71,7	64,0	60,0

<sup>1</sup>MOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien <sup>2</sup>NMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien <sup>3</sup>ohne Vereinigtes Königreich <sup>4</sup>absolute Werte

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, eigene Berechnungen

### 3 Die österreichische Außenwirtschaft

Die Unsicherheiten über die weitere Entwicklung des Handelskonflikts zwischen den USA und China, die genauen Modalitäten und der Zeitpunkt des Brexit, mögliche geopolitische Konflikte sowie die rückläufige Industrieproduktion dämpfen die Entwicklung der Investitionen und die Nachfrage nach Vorleistungs- und Investitionsgütern. Die Wirtschaftsleistung in Deutschland und Italien, den zwei größten Absatzmärkten Österreichs, schrumpfte bzw. stagnierte im zweiten Quartal. Dadurch ist mit einer schwächeren Dynamik der **österreichischen Außenwirtschaft** zu rechnen. Im laufenden Jahr sollten die österreichischen Exportmärkte, nach einem Wachstum von 3,5 % im Vorjahr, mit 1,3 % deutlich moderater zulegen. Für das Jahr 2020 wird mit einer leichten Erholung des Wachstums auf 1,8 % gerechnet.

Die nominellen Warenexporte wuchsen im zweiten Quartal 2019 verglichen mit dem Vorjahresquartal um 2,1 % und damit deutlich schwächer als im ersten Quartal 2019 (4,6 %) und im Jahresdurchschnitt 2018 (5,7 %). Die Exporte nach Deutschland gingen im zweiten Quartal um 1,1 % zurück, jene nach Osteuropa und Italien wuchsen mit 1,7 % bzw. 1,3 % äußerst schwach. Das Wachstum der Ausfuhren von Maschinen und Fahrzeugen verliert seit dem dritten Quartal des Jahres 2018 an Dynamik und lag im zweiten Quartal bei 4,1 %. Die Lieferungen dieser Produktgruppe nach Deutschland brachen im zweiten Quartal des laufenden Jahres um 2,8 % ein, die Exporte nach Italien sanken um 3,5 %. Hingegen blieben die Ausfuhren in die USA, nach China und nach Osteuropa noch kräftig. Die Exporte der Produktgruppe Bearbeitete Waren, mit einem Anteil von etwas über 20 % an den nominellen Exporten, schrumpften im zweiten Quartal um 3,4 %. Diese Produktgruppe umfasst unter anderem Baumaterialien, Stahl- und Metallprodukte. Im zweiten Quartal schrumpften die Exporte dieser Produkte nach Deutschland um 8,0 %, nach Osteuropa um 4,6 % und in die USA um 12,2 %.

Die Nächtigungen verzeichneten im ersten Quartal 2019 einen Zuwachs von 6,7 % bezogen auf das Vorjahresquartal. Starke Zuwächse von über 10 % konnten bei den Nächtigungen der Touristen aus Italien, Asien und Osteuropa verzeichnet werden. Bei den Reiseverkehrsexporten geht das Institut von einem realen Wachstum von 1,0 % im Jahr 2019 und 0,8 % im Jahr 2020 aus. Für die Reiseverkehrsimporte wird für das Jahr 2019 ein Wachstum von 2,8 % und für das Jahr 2020 von 0,8 % erwartet.

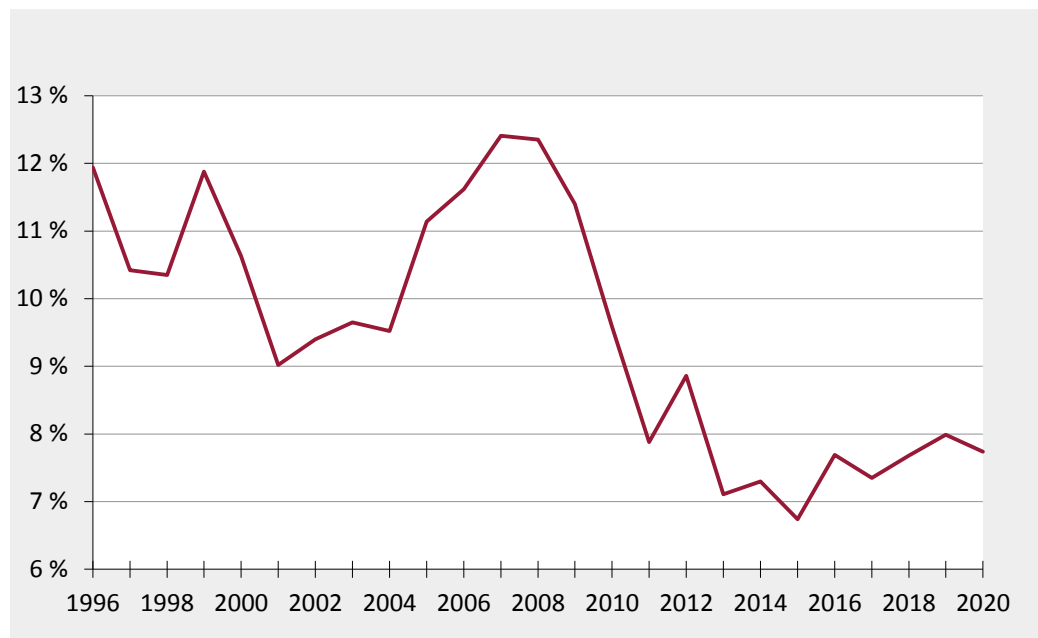
Die realen Exporte i. w. S. laut VGR sollten in den Jahren 2019 und 2020 um 2,2 % bzw. 1,7 % zulegen. Das Wachstum der realen Warenexporte dürfte jeweils 1,8 % betragen. Die realen Importe i. w. S. laut VGR werden laut Prognose um 2,2 % bzw. 1,5 % wachsen. Die realen Warenimporte werden voraussichtlich um jeweils 1,5 % steigen.

## 4 Perspektiven der Inlandskonjunktur

Im laufenden Jahr können sich die österreichischen Haushalte über eine gute Einkommensentwicklung freuen, die zusätzlich durch den Familienbonus begünstigt wird. Die anhaltend recht lebhaft Konsumnachfrage spiegelt diese Situation wider. Allerdings sind nicht alle Sektoren im Handel und bei den Dienstleistungen gleichermaßen betroffen. Vor allem die Neuanmeldungen von Kraftfahrzeugen zeigen im Jahresvergleich große Abweichungen in einzelnen Monaten, die in Sondereffekten des Vorjahres begründet sind.

Der **private Konsum** wächst heuer inflationsbereinigt um 1,5 %. Die Realeinkommen expandieren gleichzeitig um 1,8 %, wobei die Entlastung durch den Familienbonus einer konjunkturellen Tendenz zu schwächeren Zuwächsen entgegen wirkt. Damit bleibt die Dynamik der Ausgaben etwas hinter der Einkommensdynamik zurück, und die Haushaltssparquote steigt vorübergehend auf 8 %. Im kommenden Jahr werden dann die Realeinkommen nur mehr um 1,1 % zulegen. Dieser Wert musste gegenüber der Juni-Prognose etwas nach unten angepasst werden, die voraussichtliche Abschwächung der Einkommensdynamik im nächsten Jahr ist nun stärker ausgeprägt. Die Haushalte werden ihre Spartätigkeit etwas zurücknehmen und lassen ihre Ausgaben um 1,3 % ansteigen, woraus sich dann eine etwas niedrigere Haushaltssparquote ergibt.

**Abbildung 8: Sparquote der privaten Haushalte**



Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

Abbildung 8 zeigt die längerfristige Entwicklung der **Haushaltssparquote**. Die hohen Werte vor der globalen Finanzkrise und die folgende Abwärtsbewegung sind bereits ein bekanntes historisches Faktum. Die jüngsten rückwirkenden Datenrevisionen von Statistik Austria lassen jedoch nun erstmals deutlich erkennen, dass sich die Haushaltssparquote von ihrer Talsohle im Jahr 2015 weg wieder langsam aufwärts zu bewegen beginnt. Heuer erreicht sie einen lokalen Höchstwert von fast 8 %, im kommenden Jahr macht sie nur einen kleinen Schritt nach unten. Die Dynamik ist also ähnlich wie zuletzt im Zuge der Steuerreform 2016. Der unerwartete Einkommenszuwachs lässt die Haushaltssparquote zunächst steigen; im Folgejahr werden dann die höheren Einkommen erst so recht konsumwirksam und die Sparquote fällt wieder. Die Bewegung ist dieses Mal jedoch schwächer ausgeprägt, da der Familienbonus stärker zielgruppenorientiert ist als eine generelle Steuerreform und daher schneller konsumwirksam wird. Dennoch bleibt ein gewisser Anteil des zusätzlich gewonnenen Einkommens, den die Haushalte erst im kommenden Jahr umsetzen, um die voraussichtlich schwächeren Einkommenszuwächse abzufedern.

Das vergleichsweise kleine Nachfrageaggregat **Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbscharakter**, das zuletzt kräftig expandiert ist, wächst nun wieder mit dem privaten Konsum annähernd im Gleichschritt. Für die beiden Prognosejahre weist das Institut Wachstumsraten von jeweils 1,3 % aus.

Nach der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, deren Ergebnisse seit Ende September 2019 vorliegen, stellt sich die Dynamik einiger Investitionsaggregate teils deutlich anders dar als bisher. Für die Bruttoanlageinvestitionen werden nunmehr für die Jahre 2017 und 2018 Wachstumsraten von 4,0 % und 3,9 % ausgewiesen, nach 3,9 % und 3,4 % gemäß der vorherigen Rechnung. Während also bisher eine Abschwächung der Investitionstätigkeit im Jahresdurchschnitt zu konstatieren war, wird nun ein konstantes Investitionswachstum ausgewiesen. Bei den Bauinvestitionen steht nach der Revision von 2017 auf 2018 eine Wachstumsbeschleunigung von 3,3 % auf 3,7 % zu Buche, nachdem davor eine Abschwächung von 3,5 % auf 2,8 % ausgewiesen worden war. Bei den Investitionen in Ausrüstungsgüter und sonstige Anlagen wurde vor der VGR-Revision eine Verringerung des Wachstumstempos von 4,2 % auf 3,9 % berichtet. Nun stellt sich die Abschwächung etwas ausgeprägter dar, denn auf ein Wachstum um 4,5 % im Jahr 2017 folgte eine Zunahme um 4,1 % im Jahr 2018.

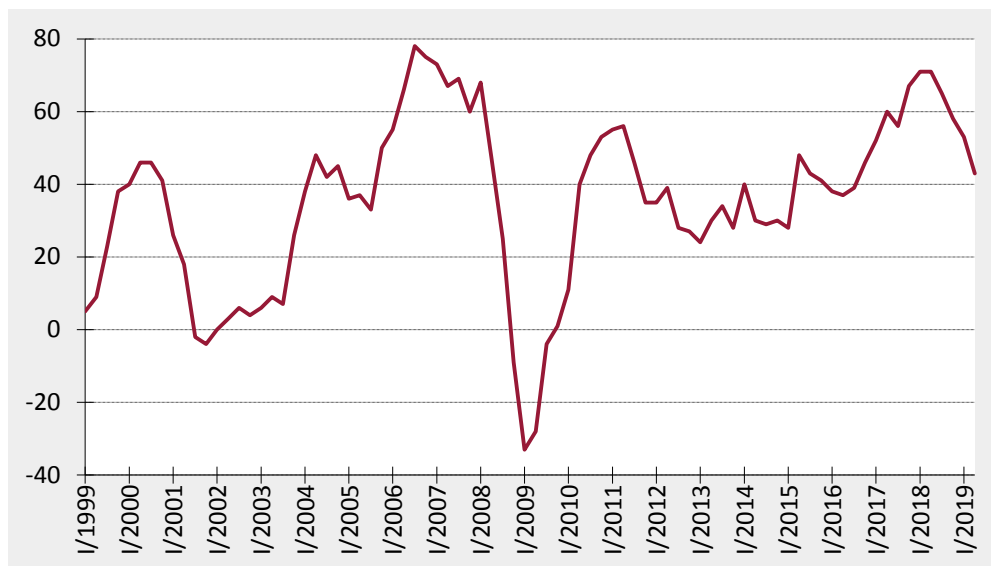
Die **realen Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen** waren gemäß dem aktuellen Rechenstand der VGR im ersten Halbjahr 2019 um 4,5 % höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Dabei verringerte sich die Dynamik von 6,3 % im ersten auf 2,8 % im zweiten Quartal. Die Anschaffungen von Fahrzeugen wurden im ersten Quartal um gut 21 % und im zweiten Jahresviertel um rund 5 % ausgeweitet,

woraus sich für das erste Halbjahr eine Zunahme um 13 % ergibt. Das kräftige Wachstum im ersten Quartal dürfte auf Nachholeffekte nach einem Einbruch im Jahr 2018, insbesondere im dritten Quartal, im Zusammenhang mit Problemen bei der Umsetzung des neuen Abgastestverfahrens zurückzuführen sein. In Maschinen und Geräte wurde im ersten Halbjahr um 2,7 % mehr investiert als vor Jahresfrist. Innerhalb dieser Kategorie erzielten die Investitionen in Güter der Informations- und Kommunikationstechnologie eine Zunahme um rund 6 %. Das Wachstum der Investitionen in geistiges Eigentum blieb in beiden Quartalen stabil bei rund 3 %. Dagegen haben die Käufe von anderen Maschinen und Ausrüstungsgütern markant an Schwung verloren.

Für den Prognosezeitraum haben sich die Aussichten für die Investitionstätigkeit der Unternehmen eingetrübt. Vor dem Hintergrund der weltwirtschaftlichen Schwäche berichten die heimischen Industrieunternehmen in der Konjunkturmfrage der Industriellenvereinigung von deutlich geringeren Auftragsbeständen. Die Einschätzung der künftigen Produktionstätigkeit hat sich seit ihrem Höhepunkt im vierten Quartal 2017 stark verringert, zuletzt aber nicht weiter eingetrübt. Dies ist wohl wesentlich darin begründet, dass die Unternehmen bemüht sind, ihre Auftragsbestände zügig abzuarbeiten, um zu verhindern, dass diese storniert werden, wie es während der Großen Rezession im Jahr 2009 der Fall war. Die Kapazitätsauslastung, die derzeit noch über ihrem langjährigen Durchschnitt liegt, dürfte sich mit der Abnahme der Auftragsbestände weiter verringern, sodass die Investitionen von dieser Seite keinen Schub mehr bekommen. Stützend wirkt nach wie vor das Finanzierungsumfeld. Nach den jüngsten geldpolitischen Beschlüssen der Europäischen Zentralbank ist davon auszugehen, dass die langfristigen Zinsen während des gesamten Prognosezeitraums ausgesprochen niedrig bleiben werden. Zudem gaben die österreichischen Banken bei der euroraumweiten Umfrage zum Kreditgeschäft (*bank lending survey*) an, dass aufgrund des hohen Wettbewerbsdrucks die Margen bei neu abgeschlossenen Krediten an Unternehmen mit guter Bonität im zweiten Quartal 2019 weiter gesenkt wurden. Während der guten Konjunktur in den vergangenen Jahren dürften sich außerdem die Finanzierungsmöglichkeiten aus Gewinnrücklagen verbessert haben. Die realen Ausrüstungsinvestitionen dürften unter diesen Rahmenbedingungen im Jahr 2019 um 2,5 % und im Jahr 2020 um 1,0 % ausgeweitet werden.

**Abbildung 9: Beurteilung der Auftragsbestände**

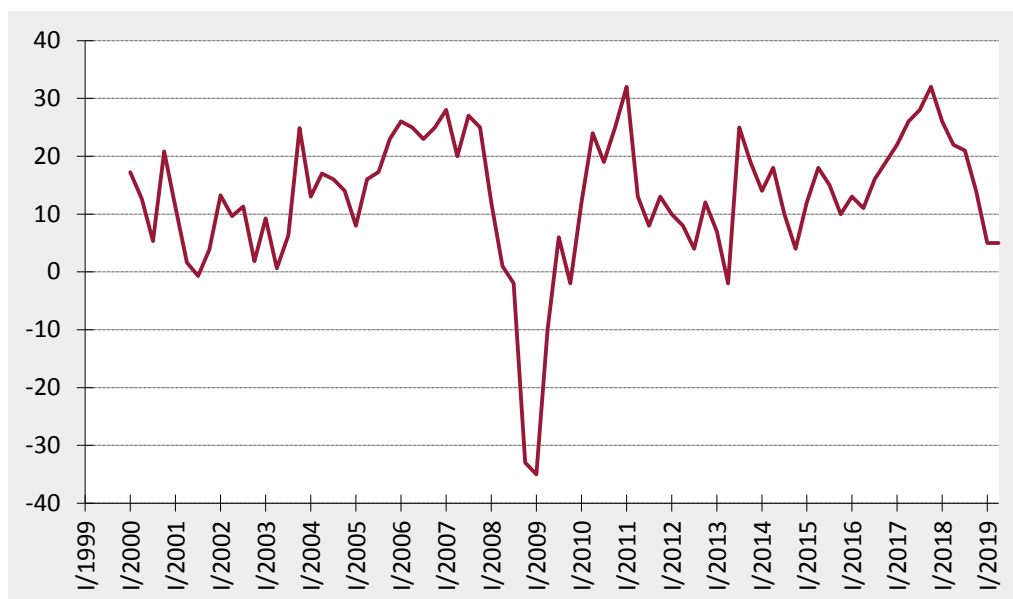
Saldo aus positiven und negativen Antworten



Quelle: Industriellenvereinigung

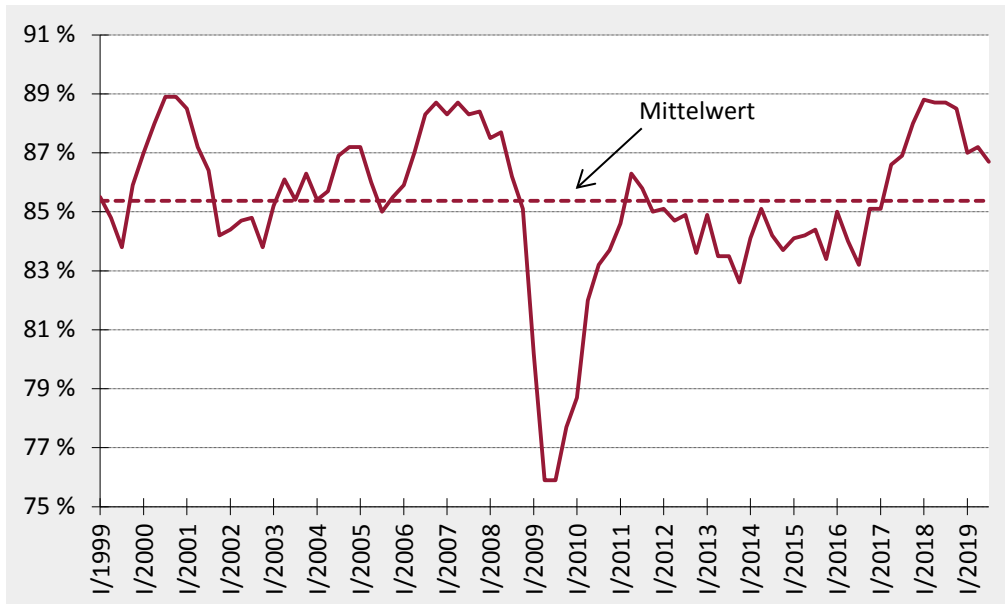
**Abbildung 10: Produktionstätigkeit der nächsten drei Monate**

Saldo aus positiven und negativen Antworten



Quelle: Industriellenvereinigung

**Abbildung 11: Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie**  
saisonbereinigt



Quelle: Europäische Kommission

Der Preisindex der Ausrüstungsinvestitionen steigt in der Regel schwächer als das allgemeine Preisniveau, unabhängig davon, ob als Maß für das allgemeine Preisniveau der BIP-Deflator oder der Verbraucherpreisindex herangezogen wird. Einerseits stellen Metalle wesentliche Rohstoffe für Investitionsgüter dar, und deren Preise unterliegen starken Schwankungen. Andererseits dürften die Rohstoffkosten bei hochwertigen Investitionsgütern nur einen geringen Teil der Produktionskosten ausmachen. Insgesamt werden die Preissteigerungen von Investitionsgütern wohl dadurch begrenzt, dass sie weltweit gehandelt werden und daher einem hohen Wettbewerbsdruck ausgesetzt sind. Im ersten Halbjahr 2019 ist der Deflator der Ausrüstungsinvestitionen um 1,4 % gestiegen. Aufgrund der Konjunkturschwäche wird der Preisauftrieb in den kommenden Monaten wohl noch etwas nachlassen, sodass das Institut für den Jahresdurchschnitt 2019 eine Preiserhöhung um 1,3 % und für das Jahr 2020 eine Zunahme um 1,1 % erwartet.

Im ersten Halbjahr 2019 hat sich die kräftige Dynamik der **realen Bauinvestitionen** fortgesetzt, vor allem bei den Wohnbauinvestitionen. Allerdings war die Expansion im zweiten Quartal deutlich schwächer als zu Jahresbeginn. Im ersten Halbjahr waren die Wohnbauinvestitionen um 5,8 % und die sonstigen Bauinvestitionen um 2,1 % höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. Für die Bauinvestitionen insgesamt ergibt sich daraus eine Zunahme um 3,7 %.

Im Prognosezeitraum werden die Bauinvestitionen voraussichtlich weiter an Schwung verlieren. Gleichwohl bleiben die stützenden Faktoren bestehen, vor allem für den Wohnbau. Die Bevölkerung in Österreich wächst weiter, und der Trend zu mehr Wohnraumfläche je Bewohner dürfte sich fortsetzen. Zudem stützt die Notwendigkeit zur CO<sub>2</sub>-Einsparung die thermische Gebäudesanierung, wovon das Ausbaugewerbe profitiert. Auch steigen die Immobilienpreise weiterhin kräftig. Im zweiten Quartal erreichte der Anstieg 7,3 %, nach 5,0 % im ersten Quartal. Besonders stark stiegen die Immobilienpreise in Wien. Der von der Oesterreichischen Nationalbank ermittelte Fundamentalpreisindikator für Wohnimmobilien signalisiert für das zweite Quartal eine Überbewertung von rund 14 % in ganz Österreich und knapp 26 % in Wien. Dieser starke Immobilienpreisanstieg bietet Anreize für Investitionen in die Errichtung von Wohnraum. Allerdings dürfte er vor allem kurzfristig nicht nur zu höheren Investitionen, sondern auch zu stärkeren Mietsteigerungen beitragen.

Die Baubewilligungen sind im Jahr 2018 um knapp 14 % eingebrochen, wobei der Rückgang im zweiten Halbjahr rund 20 % erreichte. Auch wenn im ersten Quartal 2019 wieder etwas mehr Baubewilligungen erteilt wurden, deutet dies auf eine Abschwächung der Wohnbautätigkeit hin. Auch von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erhält die Errichtung neuer Wohngebäude im Prognosezeitraum weniger Unterstützung, denn die Beschäftigung und die Einkommen der privaten Haushalte werden im Zuge der Konjunkturabschwächung an Schwung verlieren. Stützend wirkt das weiterhin äußerst niedrige Zinsniveau. Allerdings wurden gemäß *bank lending survey* aufgrund einer gesunkenen Risikotoleranz der Banken im ersten und im zweiten Quartal 2019 die Kreditrichtlinien bei Wohnbaukrediten verschärft.

Mit der Verringerung des Wirtschaftswachstums werden voraussichtlich auch die Investitionen der Unternehmen in die Errichtung von Geschäftsgebäuden im Prognosezeitraum weniger dynamisch sein, trotz des günstigen Finanzierungsumfelds. Auch der öffentliche Bau wird wohl von der konjunkturellen Abkühlung in Mitleidenschaft gezogen, da die öffentlichen Einnahmen nicht mehr so kräftig sprudeln werden. Alles in allem erwartet das Institut, dass die realen Bauinvestitionen in den Jahren 2019 und 2020 um 2,5 % bzw. 1,3 % ausgeweitet werden.

Im ersten Halbjahr 2019 hat sich der Anstieg der Baupreise weiter beschleunigt. Im Hoch- und Tiefbau insgesamt erhöhten sich die Preise um 3,2 %, nach 2,8 % im Jahresdurchschnitt 2018. Der Deflator der Bauinvestitionen stieg ebenfalls um 3,2 %. Im Hochbau stiegen die Preise um 3,6 %, im Tiefbau um 2,8 %. Im Hochbau trugen hauptsächlich die Bauleistungen zu den Preisanstiegen bei, während im Tiefbau vor allem die auf Erdöl basierenden Bauprodukte die Preise trieben. Im Einklang mit dem Rückgang der Preise für Öl und andere Rohstoffe hat im Sommer bei diesen Produkten sowie bei Stahlerzeugnissen der Preisauftrieb nachgelassen. Die Konjunktur-

abschwächung sollte dazu beitragen, dass der Auftrieb der Rohstoffpreise weiter nachgibt. Darüber hinaus dürfte die geringere Nachfrage nach Arbeitskräften den Anstieg der Effektivverdienste begrenzen. Die nachlassende Dynamik bei der Nachfrage nach Bauleistungen wird zudem wohl den Preiserhöhungsspielraum der Bauunternehmen einengen. Insgesamt erwartet das Institut, dass der Preisindex der Bauinvestitionen im Jahr 2019 um 2,8 % und im Jahr 2020 um 2,3 % steigen wird.

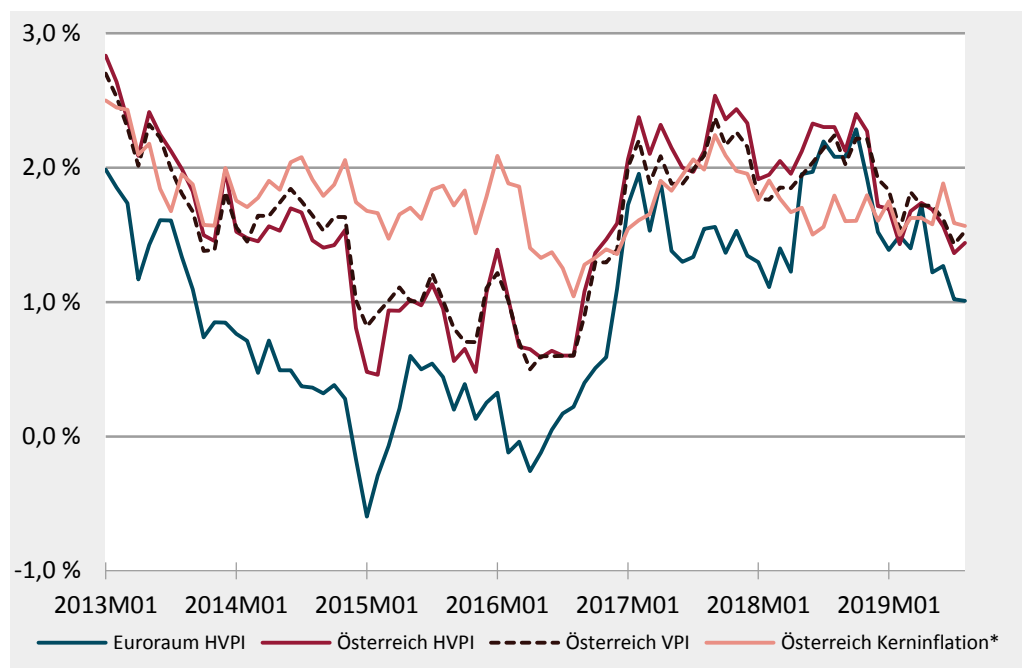
Aus der Prognose der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen ergibt sich für die **Bruttoanlageinvestitionen** ein Anstieg um 2,5 % in diesem und 1,1 % im kommenden Jahr. Die Investitionsquote, gemessen als der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am nominellen Bruttoinlandsprodukt, ist im vergangenen Jahr auf 23,9 % gestiegen. Im laufenden Jahr dürfte sie noch geringfügig weiter steigen und mit 24,2 % den höchsten Wert seit dem Jahr 2003 erreichen. Im kommenden Jahr sollte die Investitionsquote auf diesem Niveau verharren. Die Lagerbestandsveränderungen dürften im heurigen und im kommenden Jahr weitgehend wachstumsneutral sein. Die gesamten **Bruttoinvestitionen** (Anlageinvestitionen plus Lagerbestandsveränderungen) steigen gemäß der vorliegenden Prognose im Jahr 2019 um 2,4 % und im Jahr 2020 um 1,2 %.

Die Lage der **öffentlichen Haushalte** stellt sich über den Prognosezeitraum weiterhin positiv dar. Das Institut erwartet für das Jahr 2019 einen Budgetüberschuss nach Maastricht von 0,3 % des BIP. Allerdings wirken sich insbesondere die Nationalratsbeschlüsse von Juli und September 2019 sowie die abflauende Konjunktur negativ auf den Budgetsaldo für das Jahr 2020 aus. Aus diesem Grund revidiert das Institut den erwarteten Budgetüberschuss von 0,5 % des BIP aus der Juni-Prognose 2019 leicht nach unten auf 0,3 % des BIP. Eine Realisierung dieser Überschüsse würde auch sicherstellen, dass der strukturelle Budgetsaldo positiv ausfällt und daher die europäischen Fiskalregeln erfüllt werden.

Positiv für die Lage der öffentlichen Finanzen wird sich die erneute Lockerung der europäischen Geldpolitik auswirken. Dadurch können weiterhin Umschichtungen von höher verzinsten Staatsanleihen hin zu niedriger verzinsten erfolgen und sich in der Folge weitere Entlastungen im Bereich der Zinszahlungen ergeben. Weiterhin positiv wirken die sich akkumulierenden Effekte der kalten Progression auf die Budgetüberschüsse. Negative Auswirkungen auf den Budgetsaldo haben, wie erwähnt, insbesondere die Nationalratsbeschlüsse von Juli und September 2019. Fiskalisch wenig nachhaltig sind hierbei insbesondere die diskretionären Maßnahmen im Bereich der Pensionen, welche die Möglichkeiten für notwendige und sinnvolle Investitionen (insbesondere in den Bereichen frühkindliche Bildung und Grundlagenforschung) verringern, ohne einen evidenzbasierten Beitrag zu einer merklichen Besserung der sozialen Lage im Bereich Altersarmut zu leisten.

Laut aktueller VGR-Quartalsrechnung betrug der Zuwachs der **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** in der ersten Jahreshälfte gut 2,5 %. Die Effektivlöhne blieben demnach etwa einen halben Prozentpunkt hinter der Entwicklung der Tariflöhne zurück. Im zweiten Halbjahr sollten die Löhne noch in gleichem Tempo zulegen; im nächsten Jahr dürfte die Dynamik konjunkturbedingt etwas nachlassen. Die Zuwachsraten der Effektivlöhne werden laut Prognose somit nach 2,6 % im laufenden Jahr auf 2,1 % im Jahr 2020 zurückgehen. Bei einer Teuerung von 1,6 % (laut Konsumdeflator) steigen die Reallöhne um 1,0 % im laufenden Jahr. Im nächsten Jahr geht das Institut von einem Anstieg der Reallöhne von 0,6 % aus.

**Abbildung 12: Inflation in Österreich und im Euroraum**



Quelle: Eurostat, Statistik Austria, eigene Berechnungen, \*Inflation ohne Nahrungsmittel und Energie

Die **Inflation**, gemessen am Anstieg des VPI, betrug im Durchschnitt der ersten acht Monate dieses Jahres 1,6 %. Die Teuerung liegt damit etwas unter der des Vorjahres, was hauptsächlich auf die Entwicklung der Energiepreise zurückzuführen ist. Die Kerninflation, die Nahrungsmittel und Energie außer Betracht lässt, liegt unverändert bei 1,6 %. In den verbleibenden Monaten dieses Jahres zeichnen sich weiterhin keine preistreibenden Tendenzen ab. Die erheblichen Preisausschläge an den Rohölmärkten als Reaktion auf die Anschläge auf die saudi-arabischen Raffinerien waren aufgrund vorhandener Produktionskapazitäten und der schwächeren globalen Energienachfrage nur von kurzer Dauer. Vielmehr wirken sich die hohen Energiepreise im Herbst letzten Jahres (Basiseffekt) inflationsdämpfend in den verbleibenden Monaten dieses Jahres aus, sodass im Jahresdurchschnitt 2019 eine Inflationsrate von 1,5 %

prognostiziert wird. Für das kommende Jahr wird ebenfalls eine Rate von 1,5 % erwartet. Diese Prognose beruht auf der Annahme, dass von den Lohnstückkosten und den internationalen Rohstoffmärkten keine wesentlichen preistreibenden Impulse ausgehen. Für das laufende und das kommende Jahr geht das Institut von einer Inflation im Euroraum von 1,2 % bzw. 1,3 % aus. Dies impliziert somit ein Inflationsdifferenzial von 0,3 bzw. 0,2 Prozentpunkten zum Euroraum.

Die Hochkonjunktur der vergangenen Jahre hat zu einer Entspannung am Arbeitsmarkt geführt. Mit der abflauenden Konjunktur verlangsamt sich der Abbau der Arbeitslosigkeit. Im weiteren Prognosezeitraum dürfte die Beschäftigungsdynamik nicht mehr kräftig genug sein, um den Anstieg des Arbeitskräftepotenzials vollkommen zu absorbieren. Im Jahresdurchschnitt 2020 sollte die Arbeitslosenquote laut nationaler Definition 7,5 % betragen. Durch einen verstärkten Einsatz von zielgerichteten Instrumenten der aktiven Arbeitsmarktpolitik könnten der qualifikatorische Mis-Match reduziert und die Anpassungsfähigkeit des Arbeitskräftepotenzials auf neue Herausforderungen, etwa durch die Digitalisierung, gesteigert werden.

In den letzten Monaten hat der Beschäftigungsaufbau spürbar an Tempo verloren. In der ersten Jahreshälfte wurde die Beschäftigung noch um durchschnittlich 2 % ausgeweitet. Im Juli expandierte die Zahl der **Aktiv-Beschäftigten** im Vorjahresvergleich um 55.000 Personen bzw. 1,4 %. Der Beschäftigungszuwachs reduzierte sich im August auf 30.000 Personen bzw. 0,7 %. Der August-Wert ist allerdings durch einen Stichtagseffekt, der insbesondere für Ferialjobs relevant ist, merklich nach unten verzerrt. So ist die Beschäftigung der unter 25-jährigen im Jahresabstand um knapp 19.000 Personen zurückgegangen, nach nur 4.000 im Juli. Der Großteil der neuen Jobs wurde von Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft, insbesondere aus den EU-Beitrittsländern der Jahre 2004 bzw. 2007, besetzt. In sektoraler Betrachtung expandierte die Beschäftigung breitflächig. In der Sachgüterproduktion stieg in den Monaten Juli und August die Zahl der Arbeitsplätze im Jahresabstand um 12.500 bzw. 7.000 (2,0 % bzw. 1,1 %). Am Bau wurde der Beschäftigungsstand des Vorjahres um 7.000 bzw. 4.600 Personen übertroffen (2,5 % bzw. 1,6 %). Im Dienstleistungssektor legte die Zahl der Arbeitsplätze um 33.100 bzw. 20.200 (1,2 % bzw. 0,7 %) zu.

Aufgrund der Konjunkturschwäche dürfte der Beschäftigungsaufbau in den kommenden Monaten weiter an Tempo verlieren. Darauf deutet auch die Entwicklung des Indikators der offenen Stellen hin. Laut Prognose des Instituts sollte somit die Beschäftigung im Jahresdurchschnitt 2019 um 1,6 % zulegen. Im kommenden Jahr könnte sich das Beschäftigungswachstum auf 0,8 % halbieren.

**Tabelle 4: Arbeitsmarktentwicklung Jänner bis August 2019***Veränderungen gegenüber Vorjahr*

	in Köpfen	in Prozent
Beschäftigte	61.686	1,7 %
Männer	38.289	1,9 %
Frauen	23.397	1,3 %
Aktiv-Beschäftigte <sup>1</sup>	63.054	1,8 %
Primärer Sektor	1.165	1,6 %
Sachgüterproduktion	12.043	2,0 %
Bau	11.153	4,3 %
Dienstleistungen	39.521	1,5 %
Arbeitslose	-12.465	-4,0 %
Männer	-10.730	-6,1 %
Frauen	-1.735	-1,3 %
Personen in Schulungsmaßnahmen des AMS	-9.028	-12,8 %

<sup>1</sup> ohne Personen mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis, die Kindergeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten

Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger, AMS, eigene Berechnungen

Im August ist die Zahl der vorgemerkten **Arbeitslosen** im Vorjahresvergleich um 9.000 Personen bzw. 3,1 % gefallen. Unter Berücksichtigung der rückläufigen Schulungsteilnahmen beträgt der Rückgang 13.900. In saisonbereinigter Betrachtung ist die Zahl der Arbeitssuchenden seit März annähernd konstant. Bei den Männern fällt der Rückgang etwas stärker als bei den Frauen aus. In sektoraler Hinsicht haben sich die Unterschiede zwischen den zusammengefassten Wirtschaftsklassen erhöht. Überdurchschnittlich ging die Arbeitslosigkeit am Bau, im Bereich Beherbergung und Gastronomie sowie bei den sonstigen Dienstleistungen zurück. Im Bereich Verkehr war hingegen ein, allerdings geringer, Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen.

Das Institut geht davon aus, dass die Arbeitslosenzahlen im Jahresabstand in den kommenden Monaten noch leicht fallen werden, sodass für den Jahresdurchschnitt 2019 ein Rückgang der vorgemerkten Arbeitslosen um rund 9.200 Personen erwartet wird. Dies impliziert eine Arbeitslosenquote von 7,4 %. Aufgrund der geringeren Wirtschaftsdynamik sollte die Arbeitslosenquote im nächsten Jahr marginal auf 7,5 % steigen. Dabei wird unterstellt, dass sich aufgrund der demografischen Entwicklung der Anstieg des Arbeitskräfteangebots etwas verlangsamt und die Effekte der vollständigen Öffnung des Arbeitsmarktes für die Arbeitskräfte aus Kroatien gering ausfallen. Die Arbeitslosenquote nach Eurostat-Definition dürfte von 4,6 % auf 4,8 % steigen.

Aufgrund der guten Konjunktur ist die Arbeitslosenquote laut nationaler Definition seit 2015 um 1 ½ Prozentpunkte gesunken. Im historischen Vergleich bleibt die Arbeitslosigkeit damit aber hoch. Insbesondere die Langzeitarbeitslosigkeit ist deutlich gestiegen. Die demografische Entwicklung dürfte den Angebotsdruck am Arbeitsmarkt mittelfristig mildern, allerdings werden sich die Arbeitsmarktperspektiven für gering qualifizierte Arbeitskräfte wohl kaum verbessern, vielmehr wird etwa die Digitalisierung neue Herausforderungen mit sich bringen. Der aktiven Arbeitsmarktpolitik wird damit verstärkt die Aufgabe zukommen, die Qualifikation der Arbeitskräfte zu heben. Weitere auch präventive Maßnahmen in Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik sind angezeigt, um den qualifikatorischen Mis-Match, also das Auseinanderklaffen der von der Wirtschaft nachgefragten und von den Arbeitslosen angebotenen Kompetenzen, zu reduzieren. Weiters sollte die künftige Regierung Maßnahmen zur steuerlichen Entlastung des Faktors Arbeit setzen, um die Arbeitsnachfrage zu kräftigen.

## 5 Monetäre Prognose

Im Euroraum wurde der Zinssatz für die Einlagefazilität im September um 10 Basispunkte auf –0,5 % gesenkt. Die anderen Leitzinssätze im Euroraum wurden nicht verändert, der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte beträgt somit weiterhin 0 % und der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität liegt nach wie vor bei 0,25 %. In den USA wurden die Leitzinsen erwartungsgemäß, in zwei Schritten, gesenkt. Der Zielsatz für Taggeld beträgt dort nun 1,75 % bis 2 %. Im Vereinigten Königreich, in der Schweiz und in Japan haben sich die Leitzinsen hingegen im laufenden Quartal nicht verändert. Damit liegen die Leitzinssätze in der Schweiz und in Japan mit –0,75 % bzw. –0,1 % weiterhin im negativen Bereich und jener im Vereinigten Königreich beträgt 0,75 %.

Die Inflation im Euroraum, gemessen am Anstieg des HVPI, ist zuletzt weiter zurückgegangen und bewegt sich damit markant unter der Zielmarke der EZB. Diese liegt unterhalb von, aber knapp bei 2 %. Im Juni, Juli und August betrug die Inflation im Euroraum 1,3 %, 1,0 % bzw. 1,0 %. Für den Jahresdurchschnitt 2019 wird mit einem Wert von 1,2 % gerechnet. Die Leitzinsen im Euroraum werden im Prognosezeitraum wohl auf ihren niedrigen Niveaus verharren. Damit bleibt die Geldpolitik für Österreich deutlich expansiv ausgerichtet.

**Tabelle 5: Leitzinsen**

	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2016	0	0,5 – 0,75	0,25	–0,75	–0,1
Ende 2017	0	1,25 – 1,5	0,5	–0,75	–0,1
Ende 2018	0	2,25 – 2,5	0,75	–0,75	–0,1
30.9.2019	0	1,75 – 2	0,75	–0,75	–0,1

Für die Jahre 2016 bis 2018 werden bei den Leitzinsen der Schweizerischen Nationalbank die mittleren Sätze des damals gültigen Zielbandes angegeben.

Quelle: Nationale Zentralbanken, Refinitiv Datastream

Der EZB-Rat verlautbarte nach seiner September-Sitzung, dass die Leitzinsen solange nicht angehoben werden, bis die Inflationsaussichten nahe bei dem Inflationsziel von knapp unter 2 % liegen und sich dies auch in der Kerninflationsrate widerspiegelt. Bislang hatte die EZB eine Zinswende frühestens nach der Jahresmitte 2020 in Aussicht gestellt. Damit hängen die Hinweise, wann mit einer ersten Anhebung der Leitzinsen zu rechnen ist, nicht mehr von einem vorher kommunizierten Zeitpunkt, sondern auch von einem vorab definierten Zustand ab. Zudem beschloss die EZB die Wiederaufnahme des Ankaufs von Vermögenswerten. So sollen die im Dezember 2018

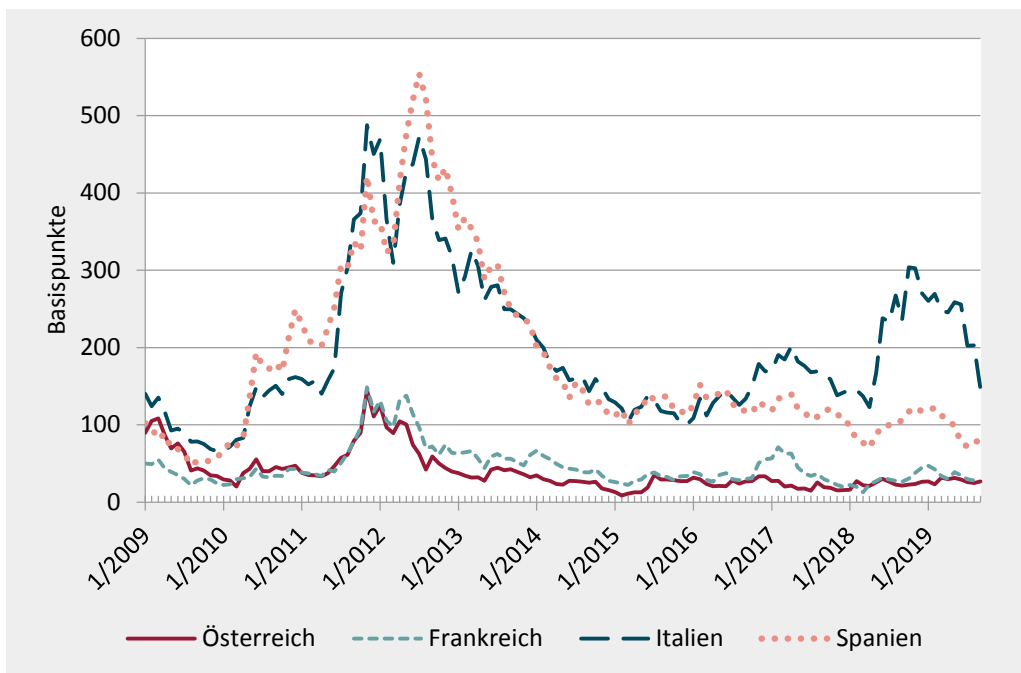
zunächst beendeten Nettoankäufe ab November dieses Jahres mit einem monatlichen Umfang von 20 Mrd. Euro wieder anlaufen. Auch sollen die Ankäufe erst kurz vor einer ersten Anhebung der Leitzinsen beendet werden.

Darüber hinaus änderte der EZB-Rat die Modalitäten der bereits Anfang September dieses Jahres begonnenen dritten Serie der gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (GLRG III). So sollen die Anreize zur Kreditvergabe für die Banken durch eine verlängerte Programmlaufzeit von nun drei anstatt wie bisher zwei Jahren und verringerte Zinsen gestärkt werden. Dabei wird der Zinssatz für die von der Notenbank bereitgestellte Liquidität maximal dem durchschnittlichen Zins für Hauptrefinanzierungsgeschäfte entsprechen und kann sogar noch niedriger ausfallen, wenn die anrechenbare Nettokreditvergabe eine Referenzgröße überschreitet. Die Zinsuntergrenze bildet dabei der Einlagesatz. Zusätzlich wurde ein zweistufiges System für die Verzinsung der Reserveguthaben angekündigt. Dabei wird die Überschussliquidität der Banken zum Teil vom negativen Einlagesatz befreit. Der Freibetrag ist derzeit auf das Sechsfache des Mindestreservesolls einer Bank festgelegt, kann allerdings periodisch angepasst werden.

Die Geldmarktzinsen im Euroraum sind im Einklang mit der Senkung des Einlagesatzes etwas zurückgegangen und notierten im Durchschnitt des dritten Quartals bei  $-0,4\%$ . Dies entspricht einem Rückgang von rund 10 Basispunkten sowohl im Vergleich zum Vorquartal als auch im Vergleich zum Vorjahresquartal. Für den Prognosezeitraum erwartet das Institut keine Veränderung der kurzfristigen Geldmarktzinsen, also einen konstanten 3-Monats-Euribor in Höhe von  $-0,4\%$ .

Die Renditen von Staatsanleihen sind zuletzt wieder gesunken. Österreichische und deutsche Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren notierten im dritten Quartal 2019 zu durchschnittlich  $-0,3\%$  bzw.  $-0,5\%$ . Dies bedeutet einen Rückgang um rund 50 bzw. 40 Basispunkte im Vergleich zum Vorquartal. Auch gegenüber dem Vorjahresquartal haben sich die Renditen der Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit in Österreich und Deutschland verringert, und zwar um jeweils rund 90 Basispunkte.

Nach wie vor gelten deutsche Bundesanleihen als die sichersten Papiere im Euroraum, was den Druck auf die Renditen dieser Papiere hoch hält und gleichzeitig bedeutet, dass die Staatsanleihen aller anderen Euroraum-Länder höhere Renditen aufweisen. Die Spreads (Renditeabstände) von Italien im Vergleich zu Deutschland haben sich seit der Ankündigung einer geringeren Neuverschuldung deutlich verringert. Das Institut rechnet damit, dass das Renditeniveau von Staatsanleihen in den stabilen Euroraum-Ländern in der Prognoseperiode nur leicht ansteigt. Für die Jahre 2019 und 2020 wird für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren eine durchschnittliche Rendite von jeweils  $0,0\%$  prognostiziert.

**Abbildung 13: Renditeabstände zehnjähriger Staatsanleihen gegenüber Deutschland**

Quelle: Refinitiv Datastream

Im Durchschnitt des dritten Quartals 2019 betrug der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar 1,11 USD/EUR und ist damit gegenüber dem Vorquartal nahezu konstant geblieben (–1,0 %). Im Vergleich zum Vorjahresquartal hat der Euro an Wert verloren, und zwar um 4,4 %. Für die Jahre 2019 und 2020 werden durchschnittliche Jahreskurse von 1,12 USD/EUR bzw. 1,11 USD/EUR erwartet.

Die Prognose des Instituts zur Entwicklung verschiedener Einlagekategorien und des vergebenen Kreditvolumens von in Österreich meldepflichtigen Kreditinstituten in den Jahren 2019 und 2020 fällt wie folgt aus. Die gesamten Einlagen sollten um 3,9 % bzw. 2,9 % steigen. Die Spareinlagen dürften im laufenden Jahr um 5,4 % wachsen und im kommenden Jahr um 1,2 % schrumpfen.<sup>1</sup> Für das Kreditvolumen prognostiziert das Institut eine Ausweitung um 4,1 % bzw. 0,8 %.

<sup>1</sup> Das hohe Wachstum der Spareinlagen im laufenden Jahr dürfte zum Großteil auf eine Umklassifizierung von Sparprodukten vom letzten Quartal 2018 auf das erste Quartal 2019 zurückzuführen sein.

## 6 Tabellenanhang

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	338,573 0,0%	340,812 0,7%	344,269 1,0%	351,439 2,1%	360,142 2,5%	368,857 2,4%	374,452 1,5%	379,279 1,3%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	323,910 1,6%	333,146 2,9%	344,269 3,3%	357,300 3,8%	370,296 3,6%	385,712 4,2%	398,956 3,4%	410,456 2,9%
DEFLATOR DES BIP (2015=100)	95,669 1,6%	97,751 2,2%	100,000 2,3%	101,668 1,7%	102,819 1,1%	104,570 1,7%	106,544 1,9%	108,220 1,6%
VERBRAUCHERPREISINDEX (2015=100)	97,471 2,0%	99,097 1,7%	100,000 0,9%	100,900 0,9%	103,000 2,1%	105,100 2,0%	106,677 1,5%	108,277 1,5%
ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	45,555 2,1%	46,490 2,1%	47,455 2,1%	48,561 2,3%	49,277 1,5%	50,561 2,6%	51,875 2,6%	52,965 2,1%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE (IN 1000 PERSONEN)	3391,705 0,6%	3415,529 0,7%	3448,745 1,0%	3502,431 1,6%	3573,088 2,0%	3661,127 2,5%	3718,241 1,6%	3746,128 0,8%
ARBEITSLOSENQUOTE NATIONALE DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	7,618 0,623	8,354 0,736	9,111 0,757	9,059 -0,051	8,509 -0,550	7,700 -0,810	7,389 -0,311	7,524 0,135

TAB. 1/2: REALES BIP UND HAUPTKOMPONENTEN (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
PRIVATER KONSUM	179,944 -0,1%	180,490 0,3%	181,371 0,5%	184,304 1,6%	186,920 1,4%	189,027 1,1%	191,842 1,5%	194,332 1,3%
ÖFFENTLICHER KONSUM	66,879 0,8%	67,440 0,8%	68,033 0,9%	69,257 1,8%	70,010 1,1%	70,619 0,9%	70,972 0,5%	71,681 1,0%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	69,847 1,6%	69,565 -0,4%	71,166 2,3%	74,058 4,1%	76,984 4,0%	80,010 3,9%	82,011 2,5%	82,925 1,1%
LAGERVERÄNDERUNGEN IN PROZENT DES BIP	2,699 0,8	3,192 0,9	3,791 1,1	3,854 1,1	4,486 1,2	4,368 1,2	4,368 1,2	4,468 1,2
INLANDSNACHFRAGE	325,218 0,0%	327,276 0,6%	331,356 1,2%	339,113 2,3%	347,200 2,4%	352,790 1,6%	358,128 1,5%	362,399 1,2%
AUSSENBEITRAG IN PROZENT DES BIP	13,184 3,9	13,455 3,9	12,913 3,8	12,326 3,5	12,911 3,6	16,108 4,4	16,384 4,4	16,951 4,5
BIP ZU MARKTPREISEN	338,573 0,0%	340,812 0,7%	344,269 1,0%	351,439 2,1%	360,142 2,5%	368,857 2,4%	374,452 1,5%	379,279 1,3%

TAB. 1/3: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMPONENTEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
PRIVATER KONSUM	-0,042	0,161	0,258	0,852	0,744	0,585	0,763	0,665
ÖFFENTLICHER KONSUM	0,149	0,166	0,174	0,355	0,214	0,169	0,096	0,190
BRUTTOINVESTITIONEN	-0,172	0,164	0,755	0,933	1,102	0,899	0,598	0,297
ANLAGEINVESTITIONEN	0,318	-0,083	0,470	0,840	0,833	0,840	0,542	0,244
LAGERVERÄNDERUNGEN	-0,489	0,146	0,176	0,018	0,180	-0,033	0,000	0,027
EXPORTE I.W.S.	0,324	1,470	1,587	1,631	2,692	3,233	1,232	0,954
WAREN	-0,292	1,037	1,153	1,009	2,020	2,488	0,706	0,707
Dienstleistungen	0,654	0,433	0,434	0,622	0,674	0,749	0,526	0,249
IMPORTE I.W.S.	-0,324	-1,390	-1,746	-1,802	-2,526	-2,345	-1,157	-0,803
WAREN	0,702	-0,756	-1,490	-1,260	-1,632	-1,516	-0,579	-0,579
Dienstleistungen	-1,114	-0,654	-0,249	-0,542	-0,889	-0,828	-0,578	-0,223
BRUTTOINLANDSPRODUKT	0,026	0,661	1,015	2,083	2,476	2,420	1,517	1,289

TAB. 1/4: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
HAUSHALTSSPARQUOTE	7,1	7,3	6,7	7,7	7,3	7,7	8,0	7,7
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-1,7	0,2	-0,6	1,0	-0,3	0,3	0,3	-0,2
INVESTITIONSQUOTE	23,0	22,7	22,7	23,1	23,5	23,9	24,2	24,2
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,4	-0,4	0,0	0,4	0,4	0,4	0,2	0,0
REALZINSSATZ	0,37	-0,70	-1,55	-1,30	-0,57	-1,01	-1,89	-1,57
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,13	-1,06	-0,86	0,26	0,72	-0,44	-0,88	0,31
HVPI - HARMONISierter VERBRAUCHERPREISINDEX	97,77 2,1%	99,20 1,5%	100,00 0,8%	100,97 1,0%	103,22 2,2%	105,41 2,1%	106,99 1,5%	108,60 1,5%
REALLÖHNE, BRUTTO JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	47,137 0,0%	47,161 0,1%	47,455 0,6%	47,896 0,9%	47,633 -0,5%	47,859 0,5%	48,330 1,0%	48,615 0,6%
ARBEITSPRODUKTIVITÄT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	9,982 -0,6%	9,978 0,0%	9,982 0,0%	10,034 0,5%	10,079 0,5%	10,075 0,0%	10,071 0,0%	10,125 0,5%
LOHNSTÜCKKOSTEN GESAMTWIRTSCHAFT	120,028 2,8%	122,542 2,1%	125,034 2,0%	127,288 1,8%	128,587 1,0%	131,993 2,6%	135,482 2,6%	137,591 1,6%
ARBEITSLOSENQUOTE EUROSTAT DEF. <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	5,4 0,5	5,6 0,2	5,7 0,1	6,0 0,3	5,5 -0,5	4,9 -0,6	4,6 -0,3	4,8 0,2
BUDGETSALDO MAASTRICHT (% DES BIP) <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-1,9 0,2	-2,7 -0,8	-1,0 1,7	-1,5 -0,5	-0,7 0,8	0,2 0,9	0,3 0,1	0,3 0,0

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	167,274 1,9%	170,935 2,2%	173,921 1,7%	179,347 3,1%	185,457 3,4%	191,389 3,2%	197,368 3,1%	202,933 2,8%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	6,545 4,7%	6,953 6,2%	7,450 7,1%	7,543 1,2%	7,893 4,6%	8,267 4,7%	8,538 3,3%	8,817 3,3%
ÖFFENTLICHER KONSUM	64,510 1,9%	65,972 2,3%	68,033 3,1%	70,275 3,3%	72,184 2,7%	74,526 3,2%	76,696 2,9%	78,819 2,8%
BRUTTOINVESTITIONEN	76,842 0,6%	78,394 2,0%	81,955 4,5%	86,425 5,5%	91,706 6,1%	96,854 5,6%	101,082 4,4%	103,945 2,8%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	39,680 5,7%	39,712 0,1%	41,719 5,1%	45,306 8,6%	47,782 5,5%	50,354 5,4%	52,258 3,8%	53,362 2,1%
BAUINVESTITIONEN	34,950 0,9%	35,781 2,4%	36,419 1,8%	37,228 2,2%	39,343 5,7%	42,011 6,8%	44,245 5,3%	45,806 3,5%
STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,383 -0,088	-0,002 0,382	-0,003 -0,001	0,012 0,015	0,828 0,816	0,322 -0,507	0,306 -0,015	0,292 -0,014
INLANDSNACHFRAGE	314,788 1,6%	322,253 2,4%	331,356 2,8%	343,603 3,7%	358,068 4,2%	371,358 3,7%	383,991 3,4%	394,806 2,8%
EXPORTE I.W.S.	173,102 0,6%	177,855 2,7%	182,769 2,8%	187,408 2,5%	200,099 6,8%	215,057 7,5%	221,712 3,1%	227,925 2,8%
IMPORTE I.W.S.	163,980 0,6%	166,963 1,8%	169,856 1,7%	173,711 2,3%	187,871 8,2%	200,703 6,8%	206,746 3,0%	212,274 2,7%
BIP ZU MARKTPREISEN	323,910 1,6%	333,146 2,9%	344,269 3,3%	357,300 3,8%	370,296 3,6%	385,712 4,2%	398,956 3,4%	410,456 2,9%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	173,083 -0,2%	173,400 0,2%	173,921 0,3%	176,891 1,7%	179,269 1,3%	181,161 1,1%	183,878 1,5%	186,268 1,3%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	6,856 3,9%	7,088 3,4%	7,450 5,1%	7,413 -0,5%	7,650 3,2%	7,866 2,8%	7,964 1,3%	8,064 1,3%
ÖFFENTLICHER KONSUM	66,879 0,8%	67,440 0,8%	68,033 0,9%	69,257 1,8%	70,010 1,1%	70,619 0,9%	70,972 0,5%	71,681 1,0%
BRUTTOINVESTITIONEN	78,827 -0,7%	79,382 0,7%	81,955 3,2%	85,167 3,9%	89,041 4,5%	92,280 3,6%	94,485 2,4%	95,596 1,2%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	40,425 4,5%	40,020 -1,0%	41,719 4,2%	44,712 7,2%	46,729 4,5%	48,662 4,1%	49,879 2,5%	50,377 1,0%
BAUINVESTITIONEN	36,266 -1,6%	36,366 0,3%	36,419 0,1%	36,600 0,5%	37,798 3,3%	39,189 3,7%	40,169 2,5%	40,671 1,3%
STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,257 0,309	0,046 0,303	-0,003 -0,049	0,385 0,388	1,261 0,877	0,824 -0,437	0,769 -0,055	0,719 -0,050
INLANDSNACHFRAGE	325,218 0,0%	327,276 0,6%	331,356 1,2%	339,113 2,3%	347,200 2,4%	352,790 1,6%	358,128 1,5%	362,399 1,2%
EXPORTE I.W.S.	172,384 0,6%	177,361 2,9%	182,769 3,0%	188,385 3,1%	197,845 5,0%	209,488 5,9%	214,033 2,2%	217,605 1,7%
IMPORTE I.W.S.	159,199 0,7%	163,906 3,0%	169,856 3,6%	176,059 3,7%	184,935 5,0%	193,380 4,6%	197,649 2,2%	200,654 1,5%
BIP ZU MARKTPREISEN	338,573 0,0%	340,812 0,7%	344,269 1,0%	351,439 2,1%	360,142 2,5%	368,857 2,4%	374,452 1,5%	379,279 1,3%

TAB. 4: PREISINDIZES (2015 = 100)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	96,644 2,2%	98,578 2,0%	100,000 1,4%	101,388 1,4%	103,452 2,0%	105,646 2,1%	107,336 1,6%	108,947 1,5%
ÖFFENTLICHER KONSUM	96,458 1,2%	97,823 1,4%	100,000 2,2%	101,471 1,5%	103,106 1,6%	105,533 2,4%	108,066 2,4%	109,957 1,8%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	106,848 1,8%	108,521 1,6%	109,796 1,2%	111,446 1,5%	113,174 1,5%	115,442 2,0%	117,672 1,9%	119,588 1,6%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	98,156 1,1%	99,231 1,1%	100,000 0,8%	101,328 1,3%	102,254 0,9%	103,478 1,2%	104,771 1,3%	105,924 1,1%
BAUINVESTITIONEN	96,371 2,6%	98,389 2,1%	100,000 1,6%	101,716 1,7%	104,090 2,3%	107,200 3,0%	110,148 2,8%	112,627 2,3%
INLANDSNACHFRAGE	96,793 1,6%	98,465 1,7%	100,000 1,6%	101,324 1,3%	103,130 1,8%	105,263 2,1%	107,222 1,9%	108,942 1,6%
EXPORTE I.W.S.	100,417 0,0%	100,279 -0,1%	100,000 -0,3%	99,481 -0,5%	101,139 1,7%	102,658 1,5%	103,588 0,9%	104,743 1,1%
IMPORTE I.W.S.	103,003 -0,1%	101,865 -1,1%	100,000 -1,8%	98,666 -1,3%	101,588 3,0%	103,787 2,2%	104,603 0,8%	105,791 1,1%
BIP ZU MARKTPREISEN	95,669 1,6%	97,751 2,2%	100,000 2,3%	101,668 1,7%	102,819 1,1%	104,570 1,7%	106,544 1,9%	108,220 1,6%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
WARENEXPORTE	123,657 -1,7%	126,109 2,0%	129,184 2,4%	131,522 1,8%	140,641 6,9%	151,599 7,8%	155,409 2,5%	159,710 2,8%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	35,605 8,7%	37,537 5,4%	38,630 2,9%	40,354 4,5%	43,140 6,9%	45,969 6,6%	48,286 5,0%	49,745 3,0%
REISEVERKEHR	13,839 2,9%	14,209 2,7%	14,956 5,3%	15,532 3,8%	16,319 5,1%	17,489 7,2%	18,017 3,0%	18,470 2,5%
EXPORTE I.W.S.	173,102 0,6%	177,855 2,7%	182,769 2,8%	187,408 2,5%	200,099 6,8%	215,057 7,5%	221,712 3,1%	227,925 2,8%
WARENIMPORTE	124,937 -2,7%	125,196 0,2%	126,855 1,3%	128,855 1,6%	139,072 7,9%	147,901 6,3%	150,495 1,8%	154,280 2,5%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	32,170 16,2%	34,422 7,0%	35,523 3,2%	37,049 4,3%	40,304 8,8%	43,422 7,7%	46,397 6,9%	47,917 3,3%
REISEVERKEHR	6,872 -1,2%	7,345 6,9%	7,478 1,8%	7,806 4,4%	8,495 8,8%	9,379 10,4%	9,854 5,1%	10,077 2,3%
IMPORTE I.W.S.	163,980 0,6%	166,963 1,8%	169,856 1,7%	173,711 2,3%	187,871 8,2%	200,703 6,8%	206,746 3,0%	212,274 2,7%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
WARENEXPORTE	121,745 -0,8%	125,255 2,9%	129,184 3,1%	132,658 2,7%	139,758 5,4%	148,717 6,4%	151,320 1,8%	153,968 1,8%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	36,377 6,0%	37,736 3,7%	38,630 2,4%	40,449 4,7%	42,368 4,7%	44,405 4,8%	46,182 4,0%	46,990 1,8%
REISEVERKEHR	14,264 1,0%	14,371 0,7%	14,956 4,1%	15,279 2,2%	15,728 2,9%	16,388 4,2%	16,552 1,0%	16,676 0,8%
EXPORTE I.W.S.	172,384 0,6%	177,361 2,9%	182,769 3,0%	188,385 3,1%	197,845 5,0%	209,488 5,9%	214,033 2,2%	217,605 1,7%
WARENIMPORTE	119,219 -2,0%	121,779 2,1%	126,855 4,2%	131,193 3,4%	136,927 4,4%	142,387 4,0%	144,522 1,5%	146,690 1,5%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	32,791 14,1%	34,718 5,9%	35,523 2,3%	37,188 4,7%	39,660 6,6%	41,822 5,5%	43,704 4,5%	44,468 1,8%
REISEVERKEHR	7,148 -3,7%	7,433 4,0%	7,478 0,6%	7,678 2,7%	8,330 8,5%	9,151 9,9%	9,403 2,8%	9,474 0,8%
IMPORTE I.W.S.	159,199 0,7%	163,906 3,0%	169,856 3,6%	176,059 3,7%	184,935 5,0%	193,380 4,6%	197,649 2,2%	200,654 1,5%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2015 = 100)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
WARENEXPORTE	101,570 -0,9%	100,682 -0,9%	100,000 -0,7%	99,144 -0,9%	100,632 1,5%	101,938 1,3%	102,703 0,8%	103,730 1,0%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	97,879 2,5%	99,474 1,6%	100,000 0,5%	99,765 -0,2%	101,821 2,1%	103,521 1,7%	104,556 1,0%	105,863 1,3%
REISEVERKEHR	97,021 1,9%	98,868 1,9%	100,000 1,1%	101,655 1,7%	103,755 2,1%	106,717 2,9%	108,852 2,0%	110,756 1,8%
EXPORTE I.W.S.	100,417 0,0%	100,279 -0,1%	100,000 -0,3%	99,481 -0,5%	101,139 1,7%	102,658 1,5%	103,588 0,9%	104,743 1,1%
WARENIMPORTE	104,797 -0,8%	102,806 -1,9%	100,000 -2,7%	98,218 -1,8%	101,567 3,4%	103,873 2,3%	104,133 0,3%	105,174 1,0%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	98,107 1,8%	99,147 1,1%	100,000 0,9%	99,627 -0,4%	101,626 2,0%	103,828 2,2%	106,164 2,3%	107,756 1,5%
REISEVERKEHR	96,144 2,6%	98,808 2,8%	100,000 1,2%	101,665 1,7%	101,978 0,3%	102,489 0,5%	104,795 2,3%	106,367 1,5%
IMPORTE I.W.S.	103,003 -0,1%	101,865 -1,1%	100,000 -1,8%	98,666 -1,3%	101,588 3,0%	103,787 2,2%	104,603 0,8%	105,791 1,1%
TERMS OF TRADE, GESAMT	97,489 0,1%	98,443 1,0%	100,000 1,6%	100,826 0,8%	99,558 -1,3%	98,913 -0,6%	99,029 0,1%	99,009 0,0%
TERMS OF TRADE, GÜTER	96,921 -0,1%	97,934 1,0%	100,000 2,1%	100,942 0,9%	99,080 -1,8%	98,137 -1,0%	98,626 0,5%	98,626 0,0%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
IMPORTQUOTE, GESAMT	50,625	50,117	49,338	48,618	50,736	52,034	51,822	51,717
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,553	-0,508	-0,779	-0,721	2,118	1,299	-0,213	-0,105
IMPORTQUOTE, GÜTER	38,572	37,580	36,848	36,064	37,557	38,345	37,722	37,587
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-1,732	-0,992	-0,732	-0,784	1,493	0,788	-0,623	-0,135
EXPORTQUOTE, GESAMT	53,441	53,387	53,089	52,451	54,038	55,756	55,573	55,530
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,532	-0,055	-0,298	-0,638	1,587	1,718	-0,183	-0,043
EXPORTQUOTE, GÜTER	38,176	37,854	37,524	36,810	37,981	39,304	38,954	38,910
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-1,303	-0,322	-0,330	-0,714	1,171	1,323	-0,350	-0,044

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG	5472,657 0,5%	5506,268 0,6%	5554,650 0,9%	5612,242 1,0%	5625,702 0,2%	5632,878 0,1%	5632,802 0,0%	5628,911 -0,1%
ERWERBSQUOTE	77,350 0,8%	77,978 0,8%	78,662 0,9%	78,988 0,4%	79,815 1,0%	80,813 1,2%	81,621 1,0%	82,323 0,9%
ERWERBSPERSONEN	4233,103 1,2%	4293,657 1,4%	4369,385 1,8%	4432,984 1,5%	4490,172 1,3%	4552,091 1,4%	4597,550 1,0%	4633,886 0,8%
INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN	3609,608 0,3%	3624,041 0,4%	3657,227 0,9%	3679,503 0,6%	3692,309 0,3%	3703,340 0,3%	3701,269 -0,1%	3706,234 0,1%
AUSLÄNDISCHES ARBEITS- KRÄFTEANGEBOT	623,495 6,8%	669,616 7,4%	712,158 6,4%	753,482 5,8%	797,863 5,9%	848,751 6,4%	896,281 5,6%	927,651 3,5%
SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE	462,900 1,8%	470,900 1,7%	480,200 2,0%	488,800 1,8%	494,900 1,2%	498,500 0,7%	498,500 0,0%	499,746 0,3%
UNSELBSTÄNDIGES ARBEITSKRÄFTEANGEBOT	3770,203 1,2%	3822,757 1,4%	3889,185 1,7%	3944,184 1,4%	3995,272 1,3%	4053,591 1,5%	4099,050 1,1%	4134,139 0,9%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE	3391,705 0,6%	3415,529 0,7%	3448,745 1,0%	3502,431 1,6%	3573,088 2,0%	3661,127 2,5%	3718,241 1,6%	3746,128 0,8%
K(U)G-BEZ., ST-DLU UND PRÄSENZDIENER	91,290 -3,9%	87,871 -3,7%	86,109 -2,0%	84,440 -1,9%	82,208 -2,7%	80,357 -2,7%	77,946 -3,0%	76,972 -1,3%
ARBEITSLOSE	287,207 10,2%	319,357 11,2%	354,332 11,0%	357,313 0,8%	339,976 -4,9%	312,107 -8,2%	302,863 -3,0%	311,040 2,7%
ARBEITSLOSENQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	7,618 0,623	8,354 0,736	9,111 0,757	9,059 -0,051	8,509 -0,550	7,700 -0,810	7,389 -0,311	7,524 0,135

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
ARBEITNEHMERENTGELT LAUT VGR	154,509 2,8%	158,789 2,8%	163,661 3,1%	170,081 3,9%	176,073 3,5%	185,109 5,1%	192,885 4,2%	198,412 2,9%
BRUTTOBETRIEBSÜBERSCHUSS/ SELBSTSTÄNDIGENEINKOMMEN	127,755 0,2%	131,921 3,3%	135,955 3,1%	141,842 4,3%	147,780 4,2%	153,529 3,9%	157,938 2,9%	162,828 3,1%
PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	41,646 2,0%	42,436 1,9%	44,653 5,2%	45,376 1,6%	46,443 2,4%	47,074 1,4%	48,133 2,3%	49,216 2,3%
BIP ZU MARKTPREISEN NOMINELL	323,910 1,6%	333,146 2,9%	344,269 3,3%	357,300 3,8%	370,296 3,6%	385,712 4,2%	398,956 3,4%	410,456 2,9%
PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	0,874 170,8%	0,439 -49,8%	-3,390 -872,2%	-0,027 -99,2%	-3,290 12111,4%	-1,059 -67,8%	-1,080 2,0%	-1,101 2,0%
ABSCHREIBUNGEN LAUT VGR	58,089 3,5%	59,947 3,2%	61,605 2,8%	63,772 3,5%	66,305 4,0%	69,261 4,5%	72,205 4,3%	75,093 4,0%
NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	266,695 1,5%	273,638 2,6%	279,275 2,1%	293,501 5,1%	300,701 2,5%	315,392 4,9%	325,672 3,3%	334,262 2,6%
LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-3,909 24,7%	-3,113 -20,4%	-3,146 1,1%	-3,446 9,5%	-2,723 -21,0%	-3,860 41,7%	-3,937 2,0%	-4,016 2,0%
VERFÜGBARES NETTOEINKOMMEN DER VOLKSWIRTSCHAFT	262,786 1,2%	270,525 2,9%	276,128 2,1%	290,055 5,0%	297,978 2,7%	311,533 4,5%	321,735 3,3%	330,247 2,6%

TAB. 11 : MONETÄRER BEREICH (JAHRES DURCHSCHNITTE IN MRD. € BZW. PROZENT)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
EINLAGEN VON INLÄNDISCHEN NICHTBANKEN	300,314 1,2%	305,161 1,6%	318,657 4,4%	332,764 4,4%	346,681 4,2%	362,104 4,4%	376,226 3,9%	387,137 2,9%
DAVON SPAREINLAGEN	153,351 -2,6%	149,971 -2,2%	147,147 -1,9%	145,707 -1,0%	145,716 0,0%	145,555 -0,1%	153,415 5,4%	151,574 -1,2%
KREDITVOLUMEN (FORDERUNGEN AN INLÄNDISCHE NICHTBANKEN)	320,086 -1,0%	319,730 -0,1%	323,817 1,3%	328,388 1,4%	331,592 1,0%	342,639 3,3%	356,688 4,1%	359,541 0,8%
EURIBOR 3M	0,22	0,21	-0,02	-0,26	-0,33	-0,32	-0,36	-0,39
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,35	-0,01	-0,23	-0,24	-0,07	0,01	-0,04	-0,03
ÖSTERREICHISCHE BENCHMARKRENDITE 10J	1,99	1,48	0,75	0,37	0,56	0,69	0,02	0,04
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,30	-0,51	-0,73	-0,38	0,19	0,13	-0,67	0,02

TAB. 12: WECHSELKURSE

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
USD/EUR	1,33 3,3%	1,33 0,0%	1,11 -16,5%	1,11 -0,4%	1,13 2,2%	1,18 4,5%	1,12 -5,2%	1,11 -0,9%
GBP/EUR	0,85 4,7%	0,81 -5,0%	0,73 -9,9%	0,82 12,7%	0,88 7,0%	0,89 1,0%	0,88 -0,6%	0,94 6,8%
YEN/EUR	129,54 26,2%	140,41 8,4%	134,35 -4,3%	120,33 -10,4%	126,66 5,3%	130,37 2,9%	121,88 -6,5%	119,08 -2,3%
CHF/EUR	1,23 2,1%	1,21 -1,3%	1,07 -12,0%	1,09 2,0%	1,11 2,0%	1,16 3,9%	1,11 -3,9%	1,09 -1,8%